



SICHERHEIT  
DURCH  
PARTNERSCHAFT



---

SICHERHEIT DURCH PARTNERSCHAFT



# Vorwort

---

Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, die der Euro-Atlantischen Partnerschaft zugrunde liegenden Prinzipien und ihre wichtigsten Mechanismen zu erläutern. Beleuchtet werden insbesondere fünf zentrale Aktivitätsbereiche – Sicherheitsdialog und -kooperation, friedensunterstützende Maßnahmen, Verteidigungsreform, Katastrophenschutz sowie Zusammenarbeit in Wissenschaft und Umweltschutz –, die veranschaulichen, wie die euro-atlantische Sicherheit durch Partnerschaft verbessert werden kann und welche spürbare praktische Relevanz die Zusammenarbeit für die Partnerstaaten besitzt. Partnerschaftsaktivitäten haben einen positiven Einfluss auf Reformen, die Entwicklung demokratischer Strukturen und die Beteiligung von Partnerländern an multinationalen Kooperationsprojekten als Mitglieder der internationalen Gemeinschaft insgesamt.

Natürlich ist es nicht möglich, in einer einzigen Broschüre alle Aktivitäten, bei denen Partnerländer mit der NATO zusammenarbeiten, in ihrer gesamten Bandbreite abzudecken. Hierzu zählen neben den vielbeachteten friedensunterstützenden Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan Kooperationsprojekte in vielen anderen Bereichen vom Kampf gegen den Terrorismus über Verteidigungsreformen, wirtschaftlich relevante Sicherheitsaspekte, Katastrophenschutz, Rüstungskontrolle, Logistik, Luftverteidigung, Überwachung des Luftraums, Rüstung, Aus- und Fortbildung, Wissenschaft und Umwelt bis hin zu Informationsprogrammen.

Darüber hinaus hat die NATO besondere Beziehungen zu den zwei Partnerländern Russland und Ukraine sowie zu den sieben am Mittelmeerdialog beteiligten Ländern aufgebaut. Außerdem sondiert das Bündnis im Rahmen einer auf dem Istanbul Gipfel im Juni 2004 beschlossenen Initiative die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Ländern des weiteren Mittleren Ostens. Wenngleich die vorliegende Broschüre nicht im Einzelnen auf diese Beziehungen eingeht, dienen viele der im Rahmen der Euro-Atlantischen Partnerschaft entwickelten Aktivitäten und Mechanismen als Basis für die gegenwärtige und potenzielle Kooperation mit diesen Ländern.

# Inhalt

## SICHERHEIT

4\_\_

Ursprünge und  
Entwicklung der  
Partnerschaft

8\_\_

Zentrale  
Mechanismen

14\_\_

Sicherheits-  
dialog und  
-kooperation

18\_\_

Übersicht:  
NATO- und  
Partnerländer



© ulstein bild-schmüser



**Hinweis:** In der vorliegenden Veröffentlichung ist der Name der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien mit einem Sternchen (\*) markiert, das auf folgende Fußnote verweist: *Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.*

**Bildrechte:** Alle Fotos, sofern nicht anders gekennzeichnet, unterliegen dem Copyright der NATO.

# DURCH PARTNERSCHAFT

**20\_\_**  
Friedens-  
unterstützende  
Maßnahmen



**24\_\_**  
Verteidigungs-  
reform



**29\_\_**  
Katastrophen-  
schutz und  
-hilfe



**33\_\_**  
Sicherheit,  
Wissenschaft  
und  
Umweltschutz



**36\_\_** Eine echte euro-atlantische Sicherheitskultur

# Ursprünge und Entwicklung der Partnerschaft

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 signalisierte das Ende des Kalten Krieges. Innerhalb kurzer Zeit stellten die rasanten Veränderungen in Mittel- und Osteuropa die NATO vor völlig neue sicherheitspolitische Herausforderungen. Politische Veränderungen in noch nie dagewesenem Maße eröffneten einzigartige Chancen zur Verbesserung der Sicherheit in Europa, brachten aber unweigerlich neue Unwägbarkeiten mit sich und bargen potenzielle Stabilitätsrisiken.

Welche Möglichkeiten gab es, nach den Konfrontationen des Kalten Krieges einen neuen, positiveren Weg für die Sicherheit Europas einzuschlagen? Welche Schritte ließen sich unternehmen, um die Beziehungen aller europäischen Länder untereinander und zwischen Ost und West zu normalisieren? Wie konnte den Ländern in Mittel- und Osteuropa geholfen werden, ihre neu gewonnene Unabhängigkeit zu konsolidieren und ihr Ziel zu verwirklichen, als demokratische Länder auf regionaler wie auch internationaler Ebene an Fragen der multinationalen Sicherheit in vollem Umfang beteiligt zu werden?

Als Antwort reichten die NATO-Staats- und Regierungschefs den Ländern Mittel- und Osteuropas im Juli 1990 beim NATO-Gipfeltreffen in London die „Hand der Freundschaft“ zur Überwindung des Grabens zwischen Ost und West und boten allen Ländern Mittel- und Osteuropas die Aufnahme neuer, auf Zusammenarbeit basierender Beziehungen an. Vor diesem Hintergrund wurde im Dezember 1991 der Nordatlantische Kooperationsrat (North Atlantic Cooperation Council/ NACC) gegründet, ein Forum, das die NATO und ihre neuen Partnerländer zusammenbringen sollte, um Themen von beiderseitigem Interesse zu diskutieren (Zu dieser Zeit überschlugen sich die Entwicklungen in Europa derartig, dass gleich das erste Treffen des NACC mit einem besonderen historischen Ereignis zusammenfiel: Bei der Verabschiedung des Schlusskommuniqués verkündete der sowjetische Botschafter, dass die Sowjetunion sich gerade aufgelöst habe und er nunmehr nur noch die Russische Föderation vertrete).

Diese Metamorphose fand ihren Widerhall in einem neuen strategischen Konzept des Bündnisses, das im November 1991 verabschiedet wurde und einen



> Das Ende des Kalten Krieges schuf neue Möglichkeiten für mehr Sicherheit und Zusammenarbeit.

© ullstein bild-Schürer



„Diese Partnerschaft wird als Ausdruck der gemeinsamen Überzeugung begründet, dass Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Gebiet nur durch Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln erreicht werden können. Der Schutz und die Förderung der Grundfreiheiten und Menschenrechte und die Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden durch Demokratie sind gemeinsame Werte, die der Partnerschaft zugrunde liegen.“

(Partnerschaft für den Frieden: Rahmendokument – Brüsseler Gipfeltreffen, 10. Januar 1994)

erweiterten Sicherheitsansatz verfolgte. Die Möglichkeiten, die Ziele des Bündnisses mit politischen Mitteln zu verwirklichen, waren größer denn je. Wenngleich der Verteidigungsaspekt unabdingbar blieb, konnte das Augenmerk nun verstärkt auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte als Mittel für mehr Stabilität und Sicherheit im euro-atlantischen Raum insgesamt gerichtet werden. Dialog und Kooperation sollten die zentralen Bestandteile des zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen, vor denen das Bündnis stand, erforderlichen Ansatzes sein. Nach dem Ende des Kalten Krieges lauteten die Hauptziele nun: Reduzierung der Gefahr von Konflikten infolge von Missverständnissen oder Abstimmungsmängeln; verbessertes Management von Krisen, welche die Sicherheit der Bündnispartner gefährden; Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens aller europäischen Länder sowie die Schaffung neuer Möglichkeiten für wahre Partnerschaft bei der Bewältigung gemeinsamer Sicherheitsfragen.

In der Zeit unmittelbar nach dem Ende der Ära des Kalten Krieges konzentrierten sich die Beratungen des NACC auf Sicherheitsfragen, die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammten, z. B. den Rückzug der

russischen Truppen aus den baltischen Staaten. Auf politischer Ebene gab es erste Kooperationsansätze zu einer Reihe von Sicherheits- und Verteidigungsthemen. Der NACC war in vielerlei Hinsicht wegberaubend. Sein Schwerpunkt jedoch war der multilaterale politische Dialog; was fehlte, war die Möglichkeit für einzelne Partner, individuelle Beziehungen der Zusammenarbeit zur NATO aufzubauen.

Dies änderte sich 1994 mit der Gründung der Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace/ PfP), einem Programm, das maßgeblich zur Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der NATO und einzelnen Partnerländern beitrug und den Kooperationsprozess einen wichtigen Schritt nach vorne brachte. 1997 wurde dann der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (Euro-Atlantic Partnership Council/ EAPC) gegründet. Er löste den NACC ab, baute aber auf dessen Errungenschaften auf und ebnete den Weg für die Entwicklung einer vertieften und operationelleren Partnerschaft.

Zentraler Faktor der Partnerschaft und Zusammenarbeit auf multinationaler Ebene sind regelmäßige Konsultationen und gemeinsame Aktivitäten für mehr Transparenz und Vertrauen im gesamten euro-atlantischen Raum. Auf bilateraler Ebene geht es um die Entwicklung praxisorientierter, auf die jeweilige Situation und Bedarfslage zugeschnittener Arbeitsbeziehungen zwischen einzelnen Partnerländern und der NATO.

Zum Partnerschaftsprozess zählt auch die Schaffung von Dialog und Verständnis zwischen allen beteiligten Ländern, von denen viele in der Vergangenheit gegnerischen Bündnissen angehörten oder auf jahrelange regionale, territoriale, politische, ethnische oder religiöse Auseinandersetzungen zurückblicken. Gemeinsame Aktivitäten, deren Ziel es war, eine gemeinsame Lösung für gemeinsame Sicherheitsfragen zu finden, haben wesentlich dazu beigetragen, Vorurteile der Vergangenheit abzubauen und eine klare Vision von den gegenseitigen Vorteilen der Zusammenarbeit entstehen zu lassen.

Seit dem Beginn des Partnerschaftsprozesses wurden bemerkenswerte Fortschritte erzielt, auch wenn es Rückschläge und Schwierigkeiten gab, die angesichts der Komplexität der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion kaum vermeidbar waren. Der EAPC und das PfP-Programm besaßen stets eine eigene Dynamik, nicht zuletzt aufgrund der nach und nach von der NATO und ihren Partnerländern unternommenen Schritte zum Ausbau der Sicherheitskooperation auf der Grundlage der jeweiligen Partnerschaftvereinbarungen. So wie die NATO sich im Laufe der Jahre verändert hat, um den Herausforderungen des sich verändernden Sicherheitsumfeldes gewachsen zu sein, so hat sich auch die Partnerschaft weiterentwickelt. Um ihre Dynamik und ihren Wert für das Bündnis zu wahren, mussten die Aktivitäten und Mechanismen der Partnerschaft den neuen Prioritäten der NATO (siehe Kapitel „Zentrale Mechanismen“) angepasst werden.

Gleichzeitig bedurfte es der Vertiefung und Ausweitung des Partnerschaftskonzepts, um den Erwartungen der verschiedenen Partnerländer gerecht zu werden und

für sie attraktiv zu bleiben. Zwei NATO-Erweiterungsrunden haben das quantitative Verhältnis von Bündnispartnern und Partnerländern verändert (siehe Kasten). Im März 2004 gab es mehr Bündnisstaaten als Partnerländer – und die verbliebenen Partnerländer bildeten eine sehr heterogene Gruppe: die Balkanländer, die noch mit „Altlasten“ aus der Vergangenheit beschäftigt sind, die strategisch wichtigen, aber unterentwickelten Länder des Kaukasus und Zentralasiens sowie die blockfreien Staaten in Westeuropa. Während die einen noch an ihren Verteidigungsstrukturen und -kapazitäten arbeiten, sind andere in der Lage, bedeutende Kontingente zu NATO-geführten Einsätzen zu entsenden und anderen Partnerländern in verschiedenen Bereichen Rat, Schulungen und Hilfe anzubieten.

Zurzeit nutzen 20 Partner den EAPC für regelmäßige Konsultationen mit den 26 Bündnisstaaten und für die Zusammenarbeit bei unterschiedlichsten Verteidigungs- und Sicherheitsthemen. Ihre Streitkräfte beteiligen sich regelmäßig an gemeinsamen Übungen und Aktivitäten, ihre Soldaten dienen gemeinsam in NATO-geführten friedenserhaltenden Einsätzen, und die Bündnisstaaten und Partnerländer arbeiten Seite an Seite im Kampf gegen den Terrorismus. Niemand hätte damals, als der Kalte Krieg endete, mit dieser dramatischen Entwicklung des strategischen euro-atlantischen Umfelds gerechnet.

Das ursprüngliche Ziel der Partnerschaftspolitik der NATO lautete, Barrieren zu überwinden und Sicherheit durch Dialog und Zusammenarbeit zu schaffen. Heute sind die Ziele deutlich ambitionierter – gemeinsam mit der NATO versuchen die Partnerländer, den sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, zerfallene Staaten etc. – zu begegnen.

## NATO- UND PARTNERLÄNDER

Im Laufe der Jahre traten 30 Länder der Partnerschaft bei: Albanien, Armenien, Aserbajdschan, Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Irland, Kasachstan, Kirgistan, Kroatien, Lettland, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, die Republik Moldau, Österreich, Polen, Rumänien, die Russische Föderation, Schweden, die Schweiz, die Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, die Tschechische Republik, Turkmenistan, die Ukraine, Ungarn, Usbekistan und Weißrussland.

Zu Russland und der Ukraine bestehen seit 1997 besondere Beziehungen; Grundlage hierfür war die Unterzeichnung der Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation sowie die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine. Weiter vertieft wurden die Beziehungen zu Russland durch die Gründung des NATO-Russland-Rates als Forum für den Austausch zwischen den Bündnispartnern und Russland auf der Basis der Gleichheit (2002). Für die Vertiefung und den Ausbau der Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine wurde im November 2002 der Aktionsplan NATO-Ukraine verabschiedet, der die Reformbemühungen der Ukraine auf dem Weg zur vollständigen Integration in die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen unterstützt.

Zehn ehemalige Partnerländer sind heute Bündnispartner. 1999 traten Polen, die Tschechische Republik und Ungarn dem Bündnis bei, gefolgt von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien im Jahr 2004. Drei Beitrittskandidaten bereiten sich derzeit auf eine zukünftige Mitgliedschaft vor: Albanien, Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*.

Auch Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro arbeiten daran, der Partnerschaft für den Frieden und dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat beitreten zu können. Die NATO unterstützt sie in ihren Bestrebungen, macht jedoch die Erfüllung bestimmter Bedingungen zur Voraussetzung, so zum Beispiel für das ehemalige Jugoslawien die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, insbesondere die Festnahme der beiden bekanntesten mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadzic und Ratko Mladic. Parallel hierzu unterstützt die NATO bereits die Verteidigungsreform in Bosnien und Herzegowina. Ebenfalls auf den Weg gebracht wurde eine begrenzte Sicherheitszusammenarbeit mit Serbien und Montenegro; hierzu zählt unter anderem die Teilnahme von Militäroffizieren und Zivilisten an NATO-Orientierungskursen, in denen diese mit dem Bündnis, friedensunterstützenden Einsätzen sowie Fragen des Krisenmanagements und der Zusammenarbeit im zivilen und militärischen Bereich vertraut gemacht werden sollen.



# Zentrale Mechanismen

Die NATO kommt mit ihren Partnerländern regelmäßig zu Konsultationen im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (Euro-Atlantic Partnership Council/ EAPC) als übergeordneter politischer Rahmenstruktur für diese Beziehungen zusammen. Darüber hinaus hat jedes Partnerland die Möglichkeit, individuelle Beziehungen zum Bündnis aufzubauen; Grundlage hierfür ist das praxisorientierte Programm Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace/ PfP), das den Partnerländern die Möglichkeit gibt, selbst die Prioritäten für eine Zusammenarbeit zu bestimmen. Diese beiden zentralen Mechanismen zählen heute zu den wichtigsten Instrumenten der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur.

Weitere Schritte zur Vertiefung der Kooperation zwischen den Bündnispartnern und den Partnerländern wurden bei den anschließenden Gipfeltreffen in Madrid (1997), Washington (1999), Prag (2002) und Istanbul (2004) verabschiedet. Diese Initiativen basierten auf den gemeinsamen Werten und Prinzipien, die der Kooperation zugrunde liegen, und bestätigten das ungebrochene Engagement für das grundlegende Ziel der Partnerschaft: den Frieden und die Stabilität im euro-atlantischen Raum und darüber hinaus zu stärken und auszuweiten.

## MEILENSTEINE DER PARTNERSCHAFT

- 1991** Erstes Treffen des Nordatlantischen Kooperationsrats
- 1994** Gründung der Partnerschaft für den Frieden; Einrichtung von Vertretungen der Partnerländer bei der NATO; Schaffung einer Partnerschaftskordinationszelle im Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte Europas (SHAPE)
- 1995** Einrichtung eines Internationalen Koordinationszentrums im SHAPE
- 1996** Beteiligung von Partnerländern an NATO-geführten Streitkräften zur Umsetzung des Friedensabkommens für Bosnien
- 1997** Erste Sitzung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats in Sintra (Portugal); Auf den folgenden NATO- und EAPC-Gipfeln in Madrid (Spanien) Stärkung der operativen Rolle der PfP
- 1998** Gründung der Euro-Atlantischen Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe
- 1999** Drei Partnerländer – Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – treten der NATO bei; Aufnahme von „Dialog“ und „Kooperation“ in das Strategische Konzept des Bündnisses als Bestandteil seiner grundlegenden Sicherheitsaufgaben; Auf dem Gipfel von Washington wird vereinbart, die PfP weiter auszubauen und ihre operative Rolle zu stärken; Partnerländer stellen Kontingente für die NATO-geführte KFOR (Kosovo Force) bereit
- 2001** Am 12. September tritt der EAPC zusammen, um den Terroranschlag auf die USA zu verurteilen, und verpflichtet sich zum Kampf gegen die Geißel des Terrorismus
- 2002** Umfassende Überprüfung und, damit verbunden, Stärkung von EAPC und PfP beim Gipfeltreffen in Prag; Verabschiedung eines Partnerschaftsaktionsplans gegen den Terrorismus
- 2003** Partnerländer entsenden Truppen für die NATO-geführte ISAF in Afghanistan
- 2004** Sieben Partnerländer – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien – treten der NATO bei; Beim Gipfeltreffen von Istanbul werden weitere Schritte zur Stärkung der Partnerschaft beschlossen; Verabschiedung des Partnerschaftsaktionsplans für den Aufbau von Verteidigungsinstitutionen

## Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat

Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat vereint NATO-Mitglieder und -Partner – zurzeit insgesamt 46 Länder – in einem multilateralen Forum für regelmäßigen Dialog und regelmäßige Konsultationen zu politischen und sicherheitsspezifischen Themen. Außerdem dient er als politischer Rahmen für die individuellen bilateralen Beziehungen zwischen der NATO und den an der Partnerschaft für den Frieden beteiligten Ländern.

Die Entscheidung für die Schaffung des EAPC im Jahr 1997 resultierte aus dem Wunsch, über die Errungenschaften des Nordatlantischen Kooperationsrates hinaus ein Sicherheitsforum für eine vertiefte operative Partnerschaft zu schaffen. Das neue Forum sollte die zunehmende Komplexität der sich entwickelnden Beziehungen zu den Partnern berücksichtigen, die sich unter dem PfP-Programm und im Zusammenhang mit dem Friedenseinsatz in Bosnien und Herzegowina, an dem 1996 Truppen aus 14 Partnerländern an der Seite der Streitkräfte der Bündnisstaaten teilnahmen, abzeichnete. Es bot eine gute Ergänzung zu den parallel hierzu unternommenen Schritten zur Erweiterung der Rolle der Partnerschaft für den Frieden, durch welche die Partnerländer verstärkt an der Beschlussfassung und Planung des gesamten Spektrums an Partnerschaftsaktivitäten beteiligt werden sollten. Mit der Gründung des EAPC wurde auch den neutralen westeuropäischen Ländern die Beteiligung an der Partnerschaft ermöglicht, die ursprünglich zur Einbeziehung der Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts entwickelt worden war.

Neben kurzfristigen Konsultationen zu aktuellen politischen und sicherheitsspezifischen Fragen bietet der EAPC Raum für langfristige Beratung und Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen. Hierzu zählen unter anderem Krisenmanagement und friedensunterstützende Maßnahmen, regionale Aspekte, Rüstungskontrolle und Fragen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Verteidigungsaspekte wie Planung, Budgetierung, Politik und Strategie, zivile Notfallplanung und Katastrophenschutz, Rüstungskooperation, nukleare Sicherheit, Koordination des zivilen und militärischen Luftverkehrsmanagements sowie wissenschaftliche Zusammenarbeit.

> Vorsitzender der Sitzungen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats ist der NATO-Generalsekretär.



Dem EAPC stehen je nach Thema verschiedene Optionen zur Verfügung, von Treffen mit allen Bündnispartnern und Partnerländern bis hin zu kleineren, dafür zeitlich unbegrenzten Arbeitsgruppen. Diese Flexibilität ist der Schlüssel seines Erfolgs.

Die meisten Partner haben eine diplomatische Vertretung beim NATO-Hauptquartier in Brüssel eingerichtet, was die regelmäßige Kommunikation erleichtert und bei Bedarf jederzeit Konsultationsmöglichkeiten bietet. Der EAPC tritt einmal im Monat auf Ebene der Botschafter zusammen, einmal jährlich auf Ebene der Außen- und der Verteidigungsminister und auf Ebene der Stabschefs sowie zuweilen auf Gipfebene. Ab 2005 wird einmal pro Jahr ein neues EAPC-Sicherheitsforum auf höchster Ebene zusammentreten, um wichtige Sicherheitsfragen zu erörtern und sich damit zu befassen, wie die NATO und die Partnerländer diese am besten gemeinsam angehen können.



## Partnerschaft für den Frieden

Auf der Grundlage der praktischen Kooperation und des Bekenntnisses zu demokratischen Grundsätzen, auf die sich das Bündnis stützt, ist es Ziel der Partnerschaft für den Frieden, die Stabilität zu festigen, Bedrohungen für den Frieden abzuwenden und stärkere Sicherheitsbeziehungen zwischen den einzelnen Partnerländern und der NATO sowie der Partnerländer untereinander herzustellen.

Kern des PfP-Programms ist die individuelle Partnerschaft zwischen den einzelnen Partnerländern und der NATO, die genau auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten und gemeinsam in dem von der jeweils beteiligten Regierung gewünschten Umfang und Tempo umgesetzt wird. Mit der Partnerschaft für den Frieden wurde auch ein umfangreiches Instrumentarium geschaffen, das dazu beitragen soll, Ideen und Ziele in Taten umzusetzen. Die nachstehend beschriebenen, bisher entwickelten Instrumente und Initiativen bieten einen geeigneten Rahmen für bilaterale und multilaterale Maßnahmen und effiziente, transparente Programme zur Unterstützung der Partnerländer in ihrem Engagement für die NATO.

Formale Grundlage der Partnerschaft für den Frieden ist das Rahmendokument, das für jedes Land konkrete Verpflichtungen festlegt. Jedes Partnerland verpflichtet sich zur Einhaltung weitreichender politischer Grundsätze zur Erhaltung der demokratischen Gesellschaftsordnung, zur Wahrung der Prinzipien des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Schlussakte von Helsinki sowie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verpflichtungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle, zum Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen andere Staaten, zur Achtung bestehender Grenzen und zur Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln. Darüber hinaus verpflichten sie sich zur Förderung von Transparenz bei der nationalen Verteidigungsplanung und Haushaltsverfahren, zur Gewährleistung einer demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte und zur Aufrechterhaltung der Fähigkeit und Bereitschaft zu gemeinsamen friedenswahrenden und humanitären Einsätzen mit der NATO. In dem Rahmendokument wird des Weiteren die Verpflichtung des Bündnisses verankert, mit jedem Partnerland, das eine unmittelbare Bedrohung seiner territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit sieht, in Konsultationen einzutreten – ein Mechanismus, den zum Beispiel Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\* während der Kosovo-Krise nutzten.

Die Aktivitäten werden von den Partnerländern individuell je nach Wünschen und Fähigkeiten gewählt und der NATO in Form eines Präsentationsdokuments vorgelegt. Anschließend erarbeiten und beschließen die NATO und das Partnerland gemeinsam ein Individuelles Partnerschaftsprogramm. Die Inhalte dieser zweijährigen Programme werden aus einem umfangreichen Maßnahmenkatalog entsprechend den spezifischen Interessen und Erfordernissen des Partnerlandes zusammengestellt. Schwerpunkt der Zusammenarbeit sind vor allem die Themen Verteidigung, Verteidigungsreform und deren Folgen, im Grunde werden aber alle NATO-Bereiche berührt, seien es Verteidigungspolitik und -planung, zivile und militärische Beziehungen, Aus- und Fortbildung, Luftverteidigung, Kommunikations- und Informationssysteme, Krisenmanagement oder zivile Notfallplanung.



> Mai 2000: Kroatien unterzeichnet das Rahmendokument der Partnerschaft für den Frieden.

Beim Gipfeltreffen von Washington im April 1999 wurden wichtige Initiativen ins Leben gerufen, um den operativen Fokus der Partnerschaft für den Frieden und die Beteiligung der Partner an der PfP-Entscheidungsfindung und -planung zu stärken. Hierzu zählte unter anderem die Verabschiedung des Konzepts Operativer Fähigkeiten (Operational Capabilities Concept/ OCC) und des Politisch-Militärischen Rahmendokuments. Darüber hinaus wurde ein Programm für erweiterte Aus- und Fortbildung beschlossen, das dazu beitragen soll, die operationellen Kapazitäten der Partnerländer durch Aus- und Fortbildungsangebote für ihre Streitkräfte zu stärken.

Das OCC wurde entwickelt, um die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Bündnis- und Partnerstreitkräfte bei NATO-geführten PfP-Operationen zu verbessern. Ziel war es, mehr Flexibilität bei der Zusammenstellung spezifischer Streitkräftepakete zur Aufnahme und Aufrechterhaltung künftiger PfP-Einsätze unter NATO-Führung zu erreichen. Schwerpunkt des Konzepts sind die für derartige Einsätze potenziell verfügbaren Kräfte und Fähigkeiten. Die vertieften Arbeitsbeziehungen in Friedenszeiten, die nach und nach zwischen den Hauptquartieren und Stäben des Bündnisses und seiner Partnerländer sowie zwischen den NATO- und Partnerverbänden entstehen, erleichtern die Integration dieser Kräfte in die NATO-geführten Truppen. Beim Gipfel von Istanbul wurde beschlossen, die Interoperabilitätsstandards mit ihren dazugehörigen Beurteilungsmechanismen und die entsprechenden NATO-Mechanismen als Beitrag zur Umsetzung des Konzepts Operativer Fähigkeiten zu harmonisieren.

Das Politisch-Militärische Rahmendokument beinhaltet die Grundsätze, Modalitäten und weitere Vorgaben zur Einbeziehung von Partnerländern in politische Konsultationen und die Entscheidungsfindung, die operationelle Planung und die Bestimmung von Kommandostrukturen. In Istanbul wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die Partner früher in den Entscheidungsfindungsprozess einzubeziehen. Die in dem Rahmendokument enthaltenen Bestimmungen gelten für alle NATO-geführten Einsätze mit Partnerländern und dienen auch als allgemeine Richtschnur für die Beteiligung von Partnerländern an anderen NATO-Aktivitäten wie beispielsweise Übungen und PfP-Treuhandfonds.

Zur besseren Integration der Partnerländer in die täglichen Aufgaben der Partnerschaft wurden bei verschiedenen NATO-Hauptquartieren PfP-Stabelemente mit Offizieren aus Partnerländern eingerichtet. Die im belgischen Mons beim NATO-Einsatzführungskommando angesiedelte Partnerschaftskordinationszelle hilft bei der Koordinierung von PfP-Lehrgängen und -Übungen. Darüber hinaus bietet ein Internationales Koordinationszentrum Beratungs- und Planungsmöglichkeiten für alle Nicht-NATO-Länder, die Truppen zu NATO-geführten friedenswährenden Einsätzen entsenden (*siehe S. 23*).

Um die Möglichkeiten der Partnerstreitkräfte zur Zusammenarbeit mit NATO-Streitkräften bei friedenserhaltenden Einsätzen zu verbessern, wurde als Richtschnur für die Anforderungen hinsichtlich Interoperabilität und Fähigkeiten der PfP-Planungs- und Überprüfungsprozess (Planning and Review Process/ PARP) entwickelt. Dieser Prozess hat erheblich zur engeren Einbeziehung von Partnerländern in NATO-geführte friedensunterstützende Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan beigetragen. Das PARP-Konzept basiert auf dem Modell des Streitkräfteplanungssystems der NATO und wird den Partnerländern als Option angeboten. Mit jedem teilnehmenden Land werden feste Planungs- bzw. Partnerschaftsziele ausgehandelt, und umfassende Überprüfungen dienen der Beurteilung der Entwicklungen. Im Laufe der Jahre wurden die PARP-Anforderungen immer komplexer, anspruchsvoller und enger mit den Verbesserungen verknüpft, die das Bündnis sich selbst bezüglich des eigenen Potenzials zum Ziel gesetzt hat. Darüber hinaus hilft der PARP den Partnerländern, effektive, erschwingliche und leistungsfähige Streitkräfte aufzubauen und weiterreichende Verteidigungsreformen auf den Weg zu bringen. In der Ukraine beispielsweise spielte er eine wesentliche Rolle bei den umfassenden Verteidigungsreformen des Landes (*siehe S. 25*).

Zur Bewältigung der Folgen einer Verteidigungsreform stehen den Partnerländern eine Reihe von Partnerschaftsinitiativen zur Verfügung, allen voran der PfP-Treuhandfonds (*siehe Kasten S. 28*) als praktische Hilfe für die sichere Vernichtung von Antipersonenminen und überschüssigen Kampfmitteln sowie für die Umschulung von Militärpersonal und den Umbau von Militärstützpunkten.

> Ein schweizerischer KFOR-Hubschrauber über Pristina (Kosovo): Die Förderung der gemeinsamen Beteiligung an NATO-geführten Friedenseinsätzen ist einer der Schwerpunkte der Partnerschaft.



## Vertiefung der Kooperation

Beim Gipfeltreffen von Prag im November 2002 wurden weitere Schritte beschlossen, um die Kooperation zwischen der NATO und ihren Partnerländern zu vertiefen. Eine umfassende Überprüfung des EAPC und der Partnerschaft für den Frieden führte zu der Empfehlung, den politischen Dialog mit den Partnern zu verstärken und ihre Beteiligung an der Planung, Durchführung und Überwachung von Aktivitäten, an denen sie beteiligt sind, weiter auszubauen.

Als neuer Kooperationsmechanismus wurde in Prag der Partnerschaftsaktionsplan ins Leben gerufen. Der erste Plan dieser Art war der Partnerschaftsaktionsplan gegen den Terrorismus (*siehe S. 15*). Ebenfalls neu geschaffen wurde der Individuelle Partnerschaftsaktionsplan (Individual Partnership Action Plan/ IPAP). Dieser gibt dem Bündnis die Möglichkeit, interessierten Partnerländern, die Bedarf an einer konkreteren Unterstützung bei ihren innenpolitischen Reformen, insbesondere im Verteidigungs- und Sicherheitssektor, signalisieren, anstelle einer festen Palette von Aktivitäten eine auf die jeweiligen Erfordernisse und Gegebenheiten zugeschnittene Unterstützung anbieten zu können (*siehe Kasten*).

Beim Gipfeltreffen in Istanbul im Juni 2004 wurden auf der Grundlage der in Prag erreichten Fortschritte weitere Schritte unternommen, um die Euro-Atlantische Partnerschaft noch mehr zu stärken und hinsichtlich bestimmter Schlüsselthemen und der individuellen Erfordernisse und Fähigkeiten der Partnerländer noch bedarfsgerechter zu gestalten. Zur Ermutigung und Unterstützung der Partnerländer beim Aufbau leistungsfähiger und demokratisch verantwortlicher Verteidigungsinstitutionen wurde der Partnerschaftsaktionsplan für den Aufbau von Verteidigungsinstitutionen ins Leben gerufen (*siehe S. 24*).

Die Möglichkeiten für die Partnerländer, ihren Beitrag zu NATO-geführten Einsätzen auszubauen, werden zukünftig dahingehend erweitert, dass Truppen stellende Partnerländer früher in den Entscheidungsprozess einbezogen und zusätzliche Konsultationsmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem soll das Konzept Operativer Fähigkeiten erweitert und den Partnerländern die Möglichkeit einer Vertretung beim Alliierten Kommando für Fragen der Umgestaltung (Allied Command Transformation) angeboten werden, dessen Aufgabe es ist, den kontinuierlichen Wandel der Bündniskräfte und -fähigkeiten zu unterstützen und zu überwachen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der militärischen Interoperabilität

zwischen Bündnis- und Partnerstreitkräften und zur Umgestaltung der Verteidigungsstrukturen im Einklang mit den neuen operativen Aufgaben und Fähigkeiten der NATO.

Beschlossen wurde darüber hinaus, einen besonderen Fokus auf die Zusammenarbeit mit den Partnerländern zweier strategisch wichtiger Regionen zu richten: den Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) und Zentralasien (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan). Die NATO hat einen Sonderbeauftragten sowie zwei Verbindungsoffiziere für die beiden

Regionen ernannt. Ihre Aufgabe ist es, Hilfe und Beratung zu leisten, wenn es darum geht, die jeweiligen Aspekte des Individuellen Partnerschaftsaktionsplans oder gegebenenfalls die Partnerschaftsaktionspläne für den Aufbau von Verteidigungsinstitutionen und gegen den Terrorismus umzusetzen beziehungsweise die Kooperation auf der Grundlage der PARP-Kriterien sicherzustellen.

Weitere Informationen unter  
[www.nato.int/issues/eapc/index.html](http://www.nato.int/issues/eapc/index.html)  
[www.nato.int/issues/pfp/index.html](http://www.nato.int/issues/pfp/index.html)

## INDIVIDUELLE PARTNERSCHAFTSAKTIONSPLÄNE

Der auf dem Gipfeltreffen in Prag im November 2002 ins Leben gerufene Individuelle Partnerschaftsaktionsplan (Individual Partnership Action Plan/ IPAP) ist eine Option für Staaten, die über den politischen Willen und die Fähigkeit verfügen, ihre Beziehungen zur NATO zu vertiefen. Der jeweils auf zwei Jahre ausgelegte Plan soll die verschiedenen Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen Partnerstaat und Bündnis zusammenführen und eine Konzentration auf die bessere Unterstützung innenpolitischer Reformen bewirken.

Der IPAP dient dazu, die Kooperationsziele und -prioritäten des jeweiligen Partnerstaats klar und deutlich zu beschreiben und sicherzustellen, dass die gewählten Mechanismen diesen Prioritäten genau entsprechen. Die NATO bietet eine konkrete länderspezifische Beratung zu den jeweiligen Reformzielen an. Möglich ist auch die Intensivierung des politischen Dialogs zu bestimmten

Themen als Bestandteil des IPAP-Prozesses. Solche Pläne erleichtern auch die Koordinierung bilateraler Hilfe seitens einzelner Bündnispartner und Partnerländer sowie die Koordinierung der Bemühungen mit anderen in Frage kommenden internationalen Institutionen.

Erfasst werden Ziele in den allgemeinen Kategorien allgemein- und sicherheitspolitische Fragen, Verteidigungs-, Sicherheits- und militärische Fragen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Wissenschaft und Umwelt, zivile Notfallplanung sowie Fragen zu Verwaltung, Sicherheitsschutz und Ressourcen.

Seit November 2004 ist Georgien als erstes Land durch einen IPAP mit der NATO verbunden. Weitere IPAP mit Aserbaidschan und Usbekistan sind bereits in Vorbereitung. Auch Armenien hat sein Interesse an der Entwicklung eines solchen Planes bekundet.

> Juni 2004: Vertiefung der Euro-Atlantischen Partnerschaft beim Gipfeltreffen in Istanbul.



# Sicherheitsdialog und -kooperation

Mit dem Wandel des Sicherheitsumfelds wandelt sich auch die Euro-Atlantische Partnerschaft, denn es gilt, eine ganze Reihe von Sicherheitsfragen abzudecken, die für das Bündnis wie auch für die Partnerländer von besonderer Wichtigkeit sind. Hierzu zählt beispielsweise ein regelmäßiger Meinungs-austausch zur Einschätzung der Sicherheitslage und ihrer Entwicklung auf dem Balkan und in Afghanistan, wo die Friedenstruppen des Bündnisses und der Partnerländer gemeinsam im Einsatz sind. Zudem gibt es gezielte Initiativen zur Förderung und Koordination der praktischen Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs in Schlüsselbereichen wie Bekämpfung des Terrorismus oder Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Verbreitung von Massenvernichtungs-, Klein- und Leichtwaffen.

Vielen Sicherheitsherausforderungen lässt sich am besten durch enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern begegnen. Auch der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (Euro-Atlantic Partnership Council/ EAPC) und die Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace/ PfP) bieten einen guten Rahmen zur Förderung und Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Partnerländern in zentralen Fragen auf regionaler und subregionaler Ebene, insbesondere in Südosteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien.

## Terrorismusbekämpfung

Der Kampf gegen den Terrorismus zählt heute zu den obersten Prioritäten der NATO. Der Angriff auf die Vereinigten Staaten vom 11. September 2001 führte dazu, dass sich die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf Artikel 5 berief (Klausel des NATO-Gründungsvertrags für den kollektiven Verteidigungsfall). Bereits am nächsten Tag trafen sich die Vertreter der NATO und ihrer Partnerländer; sie verurteilten den Angriff ohne jede Einschränkung und verpflichteten sich, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Geißel des Terrorismus zu bekämpfen.

„Wir sind entsetzt über diese brutalen Akte und verurteilen sie ohne jede Einschränkung. Diese Akte waren ein Angriff auf unsere gemeinsamen Werte. Wir werden es nicht zulassen, dass diese Werte von jenen, die dem Weg der Gewalt folgen, kompromittiert werden. Wir geloben, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die Geißel des Terrorismus zu bekämpfen. Geschlossen vertreten wir die Überzeugung, dass die Ideale von Partnerschaft und Zusammenarbeit siegen werden.“

(EAPC-Erklärung vom 12. September 2001)

Die an diesem Tag von den Mitgliedern des EAPC – von Nordamerika über Europa bis nach Zentralasien – bekundete Solidarität und die Zusammenarbeit, die sich seither in der Kampagne gegen den Terrorismus manifestiert, belegen, dass die Partnerschaftsinitiativen der NATO die Grundlage für eine echte euro-atlantische Sicherheitskultur geschaffen haben.

Die Entschlossenheit aller Anwesenden, ihre Kräfte gegen die Bedrohung des Terrorismus zu bündeln, nahm beim Gipfeltreffen in Prag mit der Einführung eines Partnerschaftsaktionsplans gegen den Terrorismus konkrete Gestalt an. Dieser Aktionsplan bietet einen Rahmen für die Zusammenarbeit und den Austausch von Expertise auf diesem Gebiet in Form von politischen Konsultationen und praktischen Programmen. Er erleichtert den Austausch von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, die Kooperation in Bereichen wie Grenzsicherung oder Lehrgänge und Übungen zur Terrorismusbekämpfung sowie den Aufbau von Fähigkeiten zum Schutz vor terroristischen Angriffen oder zur Bewältigung der Folgen solcher Angriffe (siehe S. 32). Zudem fördert er Aktivitäten zur Gewährleistung der physischen Sicherheit und sicheren Zerstörung von überschüssigen Kampfmitteln sowie von Klein- und Leichtwaffen wie schultergestützten Raketen- und Granatwerfern.

## Eindämmung der Proliferation von Waffen

### Massenvernichtungswaffen

Die Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine der zentralen Sicherheits Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Dialog der NATO mit den Partnerländern spielt eine entscheidende Rolle für die Durchsetzung der Nichtverbreitungsziele des Bündnisses. Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der Bemühungen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und bedingen Offenheit und Transparenz.

Durch Konsultationen mit den Partnerländern versucht die Allianz, das gegenseitige Verständnis und den Informationsaustausch zu Proliferationsfragen zu stärken. Diese Konsultationen, bei denen es um

allgemein- wie auch verteidigungspolitische Bestrebungen geht und die daher Außen- und Verteidigungsministerien gleichermaßen betreffen, sind ein hilfreicher Beitrag zur Vertrauensbildung. Darüber hinaus verfügen einige Partnerländer bereits über weitreichende Erfahrungen im Umgang mit Massenvernichtungswaffen-Kontingenten und können die gemeinsamen Bemühungen auf diesem Gebiet erheblich unterstützen und stärken.

Mehrere Seminare und Arbeitsgruppen haben sich bereits mit speziellen Themen befasst. So gab es beispielsweise intensive Diskussionen über Anthrax („Anthrax – Lessons Learned“), bei denen als Lehre aus den Erfahrungen in den Vereinigten Staaten im Herbst 2001 und andernorts verschiedene Schlüsselfaktoren für Katastrophenpläne bestimmt wurden. Ein anderes Thema waren Probleme im Zusammenhang mit Umweltgefahren durch die Industrie, medizinischen und anderen operationellen Herausforderungen.



> Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine der großen Sicherheits Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

EAPC-Seminare zu potenziellen Risiken im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Waffen bieten den Partnerländern eine gute Gelegenheit, Informationen auszutauschen und die bestgeeigneten Praktiken auszuwählen. Diskussionen über den aktuellen Forschungsstand und die Entwicklung neuer Optionen und Instrumente zum Schutz gegen Substanzen mit Massenvernichtungspotenzial helfen herauszufinden, welche Mittel den besten Schutz bieten.

Abrüstungsexperten aus NATO- und Partnerländern nutzten bereits die Gelegenheit, politische und nachrichtendienstliche Aspekte der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen zu diskutieren. Die Konsultationen befassten sich schwerpunktmäßig mit den wichtigsten Proliferationstrends und beinhalteten unter anderem Präsentationen zur Vorstellung der regionalen Perspektiven von nicht dem EAPC angehörenden Ländern (zum Beispiel China, Japan, Israel und Südkorea). Darüber hinaus wurden Informationen über Exportkontrollpraktiken und die Umsetzung der jüngsten Nichtverbreitungs-Initiativen wie zum Beispiel der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ausgetauscht.

Die Bündnismitglieder unterrichteten die Partnerländer zudem über die Aktivitäten der NATO speziell im Bereich des Schutzes gegen chemische, biologische, radiologische oder nukleare (CBRN-) Waffen, insbesondere über die Einrichtung und den Einsatz des CBRN-Bataillons der NATO.

## Maßnahmen zur Bekämpfung von Minen und Kleinwaffen

Die Gefahren, die aus der Verbreitung billiger und unterschiedslos wirkender Kriegswaffen resultieren, rufen zunehmend internationale Besorgnis hervor. Leicht zu erwerbende und einfach einzusetzende Kleinwaffen tragen dazu bei, bewaffnete Konflikte immer wieder neu zu entzünden und zu verlängern. Viel zu häufig werden Zivilisten zu Zielscheiben und Opfern der zunehmenden Gewalt. Angaben der Vereinten Nationen und anderer Quellen zufolge fielen in den 90-er Jahren vier Millionen Menschen kriegsrischen Auseinandersetzungen zum Opfer; 90 Prozent davon waren Zivilisten und hiervon wiederum 80 Prozent Frauen und Kinder. Die Zahl der Klein- und Leichtwaffen wird auf über eine halbe Milliarde weltweit geschätzt – das heißt auf zwölf Menschen kommt eine Waffe. Diese Waffen sind mitverantwortlich für über 1.000 Tote täglich. Bei den Antipersonenminen wird von weltweit insgesamt 100 Millionen noch im Boden vergrabenen Minen ausgegangen. Im Durchschnitt explodiert alle 22 Minuten eine Landmine; rund 26.000 Menschen werden jedes Jahr durch sie getötet oder verstümmelt.

> Die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen sorgt international zunehmend für Besorgnis.



Multilaterale Initiativen sind auf globaler, regionaler und lokaler Ebene ergriffen worden, um der Verbreitung von Kleinwaffen zu begegnen und der Notwendigkeit humanitärer Minenräumungsmaßnahmen gerecht zu werden. Die NATO und ihre Partnerländer sind bestrebt, diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie die politischen und militärischen Erfahrungen der Partnerschaft im euro-atlantischen Raum einbringen.

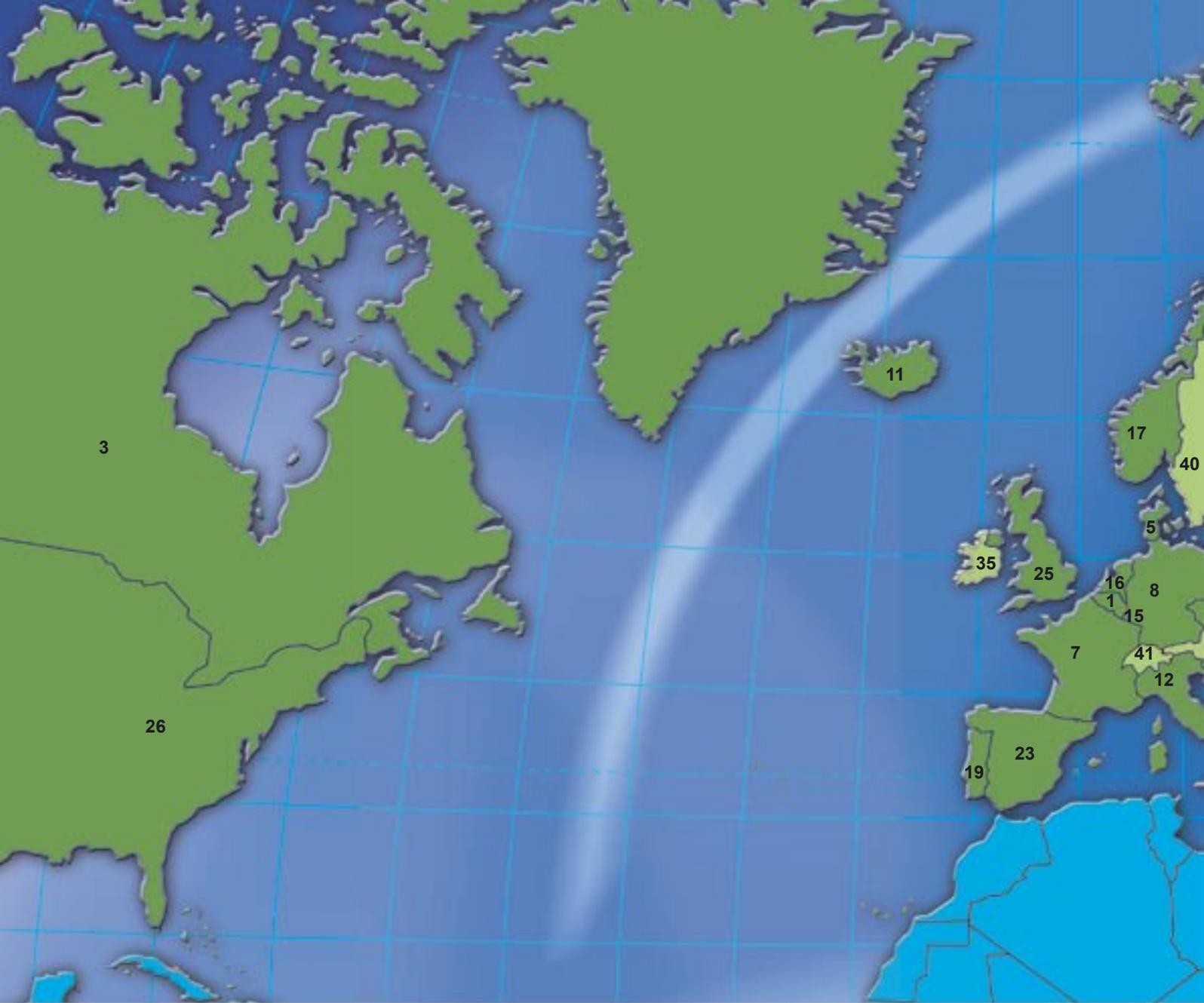
Der EAPC hat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Klein- und Leichtwaffen sowie Minenräumung eingerichtet, die als Forum für den Austausch von Informationen darüber dienen soll, wie die Weitergabe solcher Waffen am besten kontrolliert werden kann, beispielsweise in Form nationaler Exportkontrollen und Durchsetzungsmechanismen. Außerdem fördert das PfP-Programm Lehrgänge zur Handhabung, sicheren Lagerung, Entsorgung und Zerstörung überschüssiger Waffenarsenale sowie bezüglich des Einsammelns von Waffen und ihrer Zerstörung im Rahmen von Friedenseinsätzen. Auf Wunsch wird einzelnen Ländern auch speziell auf sie zugeschnittene Hilfe angeboten.

Das Landminenproblem ist auch in der oben genannten Arbeitsgruppe und im PfP-Programm Thema. Diverse Seminare und Arbeitsgruppen haben sich schwerpunktmäßig mit speziellen Aspekten dieses Problems befasst. Darüber hinaus unterstützen die auf dem Balkan und in Afghanistan eingesetzten Friedenstruppen des Bündnisses und der Partnerländer regelmäßig humanitäre Minenräumungsmaßnahmen ziviler Organisationen, wobei der Antiminedienst der Vereinten Nationen die Federführung für die humanitäre Minenräumung hat. Auf dem Balkan wurden bereits 26 Millionen Quadratmeter Land von Minen gesäubert, und in Afghanistan helfen die Einsatzkräfte der ISAF (International Security Assistance Force) bei der Räumung von Landminen auf dem Internationalen Flughafen von Kabul sowie andernorts in ihrem Einsatzgebiet.

> Immer wieder helfen die Friedenstruppen der NATO und ihrer Partnerländer bei humanitären Minenräumungsmaßnahmen.



Als zusätzliches Instrument steht seit dem Jahr 2000 der PfP-Treuhandfonds-Mechanismus zur Verfügung (siehe S. 28), der dazu dient, Gelder von Geberländern gezielt für die Zerstörung von Antipersonenminen (Landminen) einzusetzen. Bis einschließlich Dezember 2004 wurden über zwei Millionen Antipersonenminen zerstört; weitere Projekte für die Zukunft sind bereits geplant. Der Geltungsbereich des Treuhandfonds-Systems wurde in der Zwischenzeit auch auf die Zerstörung überschüssiger Kampfmittel sowie von Klein- und Leichtwaffen ausgedehnt.



 NATO-LÄNDER

- |   |                           |   |                             |
|---|---------------------------|---|-----------------------------|
|  | Belgien (1)               |  | Litauen (14)                |
|  | Bulgarien (2)             |  | Luxemburg (15)              |
|  | Kanada (3)                |  | Niederlande (16)            |
|  | Tschechische Republik (4) |  | Norwegen (17)               |
|  | Dänemark (5)              |  | Polen (18)                  |
|  | Estland (6)               |  | Portugal (19)               |
|  | Frankreich (7)            |  | Rumänien (20)               |
|  | Deutschland (8)           |  | Slowakei (21)               |
|  | Griechenland (9)          |  | Slowenien (22)              |
|  | Ungarn (10)               |  | Spanien (23)                |
|  | Island (11)               |  | Türkei (24)                 |
|  | Italien (12)              |  | Vereinigtes Königreich (25) |
|  | Lettland (13)             |  | Vereinigte Staaten (26)     |



 PARTNERLÄNDER

- |  |   |
|--|---|
|  Albanien (27)      |  Kirgistan (37)  |
|  Armenien (28)      |  Republik Moldau (38)                                  |
|  Österreich (29)    |  Russland (39)   |
|  Aserbaidtschan(30) |  Schweden (40)   |
|  Weißrussland (31)  |  Schweiz (41)  |
|  Kroatien (32)      |  Tadschikistan (42)                                    |
|  Finnland (33)      |  die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien* (43) |
|  Georgien (34)      |  Turkmenistan (44)                                     |
|  Irland (35)        |  Ukraine (45)  |
|  Kasachstan (36)    |  Usbekistan (46)                                       |

\* Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

# Friedensunterstützende Maßnahmen

> Die Partnerländer leisten einen wesentlichen Beitrag zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe in Afghanistan.



Die Partnerländer spielten bei den friedensunterstützenden Einsätzen der NATO auf dem Balkan eine wichtige Rolle und leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur NATO-Mission in Afghanistan. Die Beteiligung der Partnerländer an diesen Einsätzen stärkt die Sicherheit im euro-atlantischen Raum und darüber hinaus. Durch sie gewinnen die Streitkräfte der Partnerländer praktische Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit den Bündniskräften zur Wiederherstellung der Stabilität in Krisengebieten. Darüber hinaus entlastet sie die Bündnisstaaten bei ihren inzwischen sehr zahlreichen Missionen. Die Beteiligung der Partnerländer an NATO-geführten Einsätzen unterstreicht zudem den breiten internationalen Konsens, bei der Bewältigung von Krisen zu helfen und der Ausbreitung von Instabilität entgegenzuwirken.

Mittlerweile haben sich Soldaten aus zahlreichen Partnerländern auf die Zusammenarbeit mit ihren NATO-Kollegen eingestellt und lernen, wie das Bündnis in komplexen und schwierigen Situationen handelt. Für die Verbesserung der Beziehungen und den Aufbau von Vertrauen und Verständnis zwischen Streitkräften, die bis zum Ende des Kalten Krieges gegnerischen Bündnissen eines gespaltenen Kontinents angehörten, ist dies ein nicht zu unterschätzender zentraler Faktor. Heute arbeiten die NATO und ihre Partnerländer gemeinsam vor Ort daran, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.

## Die Afghanistan-Mission

Seit August 2003 leitet die NATO die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (International Security Assistance Force/ ISAF) in Afghanistan. Die Aufgabe der mit einem UN-Mandat betrauten Truppe lautet, die Bemühungen der afghanischen Behörden zu unterstützen, in einem Land, das sich von zwei Jahrzehnten Bürgerkrieg erholen muss, für Frieden und Stabilität zu sorgen und zu verhindern, dass es noch einmal als Basis für Terroristen genutzt wird.

Das ursprüngliche Mandat begrenzte die ISAF-Einsätze auf Kabul und Umgebung. Ein neues UN-Mandat hat das Einsatzgebiet indes mittlerweile über die Hauptstadt hinaus erweitert. Durch den Aufbau Regionaler Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams/ PRTs) aus zivilen und militärischen Mitarbeitern, welche die Autorität der Zentralregierung in den Provinzen stärken und die Entwicklung und den Wiederaufbau vorantreiben sollen, wurde die Präsenz der ISAF nach und nach auf den Norden des Landes ausgeweitet. Im Herbst 2004 wurden die ersten Vorbereitungen für die Ausweitung des Einsatzgebiets auf die Regionen westlich von Kabul getroffen. Zudem waren im Vorfeld und während der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 acht Wochen lang wahlunterstützende Sondertruppen im Einsatz.

Im September 2004 waren zehn Partnerländer an den ISAF-Einsätzen beteiligt und stellten zum Teil wertvolle Spezialeinheiten wie Militärpolizei und Minenräumteams bereit. Darüber hinaus spielten verschiedene Partnerländer in Zentralasien eine wichtige Rolle für die logistische Versorgung der ISAF, da die Ausrüstung zunächst mehrere Partnerländer durchqueren musste, um nach Afghanistan zu gelangen. Die durch die Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace/ PfP) aufgebauten Beziehungen zwischen dem Bündnis und den Partnerländern waren die Grundlage für den Abschluss bilateraler Vereinbarungen für den Materialtransfer durch die Partnerländer und die Stationierung von Streitkräften und Gütern auf ihrem Territorium. So schlossen beispielsweise Deutschland und Usbekistan eine formale Vereinbarung über die Nutzung des Militärflughafens von Termez nahe der afghanischen Grenze für die Einrichtung einer Luftbrücke nach Kabul und in die nördlichen Regionen Afghanistans. Eine Vereinbarung zwischen den Niederlanden und Kirgistan ermöglicht den Einsatz des niederländischen Kampfflugzeugs F-16 vom Flughafen Bischkek aus. Frankreich hat eine ähnliche Vereinbarung mit Tadschikistan getroffen, die es ermöglicht, ein logistisches Drehkreuz in Duschanbe zu betreiben. Einige Partnerländer in Zentralasien haben aufgrund der großen ethnischen Vielfalt Afghanistans auch Einfluss auf wichtige lokale Akteure, den sie zur Unterstützung der ISAF-Ziele nutzen können.

Die Art der von den Partnerländern gewährten Unterstützung der ISAF bei dieser weit über den herkömmlichen Wirkungsradius der NATO hinausgehenden Operation ist einer der Gründe, warum die Partnerschaft für das Bündnis so wichtig ist.

## Die Balkan-Einsätze

Schon seit dem ersten Einsatz der Bündnisstaaten für die allererste friedenserhaltende Mission in Bosnien und Herzegowina waren Partnerländer wesentlich an den NATO-geführten friedensunterstützenden Einsätzen auf dem Balkan beteiligt. Im Laufe der Zeit kamen nicht weniger als zehn Prozent der am friedensunterstützenden Einsatz in Bosnien und Herzegowina unter NATO-Führung beteiligten Truppen und 18 Prozent der Friedenstruppen der Kosovo Force (KFOR) aus Partnerländern und anderen Nicht-NATO-Staaten.

## Bosnien und Herzegowina

Allein an der Implementation Force (IFOR), die nach der Unterzeichnung der Friedensvereinbarung von Dayton am 14. Dezember 1995 in Bosnien und Herzegowina eingesetzt wurde, waren Truppen aus 14 Ländern beteiligt. Die Aufgabe der mit einem UN-Mandat zur Umsetzung der militärischen Aspekte der Friedensvereinbarung betrauten IFOR bestand darin, ein Ende der Feindseligkeiten herbeizuführen, die Streitkräfte der neu entstandenen Einheiten in dem vom Krieg zerrissenen Land (die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska) zu trennen und die Gebietsansprüche zwischen den beiden Gebieten zu regeln.

Im Dezember 1996 wurde die IFOR durch die kleinere Stabilisation Force (SFOR) ersetzt. Neben ihrer Aufgabe, ein Wiederaufflackern der Feindseligkeiten zu verhindern und ein den Friedensprozess begünstigendes Klima zu schaffen, wurde die SFOR mit der Unterstützung der zivilen Behörden betraut, die an den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um



> Ein schwedischer SFOR-Friedenssoldat und sein Hund bei der Minensuche.

einen dauerhaften Frieden im Land beteiligt waren. Die Friedenstruppen halfen Flüchtlingen und Vertriebenen, in ihre Häuser und Wohnungen zurückzukehren, und unterstützten die Reform der bosnischen Militärs. Als sich eine allmähliche Verbesserung der Sicherheitslage abzeichnete, wurde die Anzahl der friedenssichernden Kräfte im Land nach und nach von ursprünglich 60.000 auf ca. 7.000 im Jahr 2004 verringert.

Der NATO-geführte Einsatz in Bosnien und Herzegowina wurde im Dezember 2004 mit der Übertragung der Zuständigkeiten für die Aufrechterhaltung der Sicherheit an eine von der Europäischen Union geleitete Folge-Mission beendet. Der Erfolg der SFOR-Mission bestätigt das Prinzip weit vorausschauender und umfassender Einsätze für Friedenswahrung und Wiederaufbau. Er belegt zudem die Richtigkeit der während des letzten Jahrzehnts in der gesamten Balkanregion und im Hinblick auf den Kosovo noch heute von den Bündnisstaaten und Partnerländern an den Tag gelegten Geduld und Beharrlichkeit.

Das Ende der SFOR bedeutete nicht das Ende des Engagements der NATO in Bosnien und Herzegowina. Die NATO unterhält weiterhin ein eigenes Hauptquartier im Land, das die bosnischen Behörden schwerpunktmäßig bei der Verteidigungsreform unterstützt und das Land auf seine Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden vorbereitet. Darüber hinaus widmet es sich dem Kampf gegen den Terrorismus, der Festnahme mutmaßlicher Kriegsverbrecher und der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung.

## Kosovo

Der NATO-geführte Einsatz von Friedenstruppen in der serbischen Provinz Kosovo zwang das Milosevic-Regime nach 78-tägigen Luftangriffen von Seiten des Bündnisses gegen Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien, die Forderung der internationalen Gemeinschaft, die serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo zurückzuziehen, die gewaltsame Unterdrückung der albanischen Volksgruppe zu beenden und die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, nachzugeben.

Der Abschluss einer Militärisch-Technischen Vereinbarung zwischen der NATO und jugoslawischen Befehlshabern ermöglichten den unter UN-Mandat geführten Einsatz der Kosovo Force (KFOR) in der Provinz im Juni 1999. Ihre Aufgabe ist es, erneute Feindseligkeiten

zu verhindern, ein sicheres Umfeld zu schaffen und die internationalen humanitären Bemühungen und die Arbeit der Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UN Interim Administration Mission in Kosovo/ UNMIK) zu unterstützen.

Die anfängliche Truppengesamtstärke der KFOR betrug 43.000 Soldaten. Diese Truppenstärke wurde nach und nach um mehr als die Hälfte reduziert. Im Oktober 2004 wurden die 18.000 Soldaten der Truppe von der Mehrheit der NATO-Mitgliedstaaten, neun Partnerländern sowie Argentinien und Marokko als Nicht-NATO-Staaten gestellt.

Die KFOR unterstützt in enger Zusammenarbeit mit der UNMIK die Schaffung eines sicheren Umfelds im Kosovo, in dem die demokratische Entwicklung mit internationaler Hilfe vorangetrieben werden kann. Der zivile Wiederaufbau ist in die Wege geleitet, und in die Provinz kehrt wieder eine gewisse Sicherheit und Normalität ein. Der Ausbruch von Gewalt zwischen den Volksgruppen im März 2004 hat jedoch gezeigt, dass es nach wie vor große Herausforderungen gibt, die weiterhin eine starke militärische Präsenz im Kosovo erforderlich machen.

## Zusammenarbeit

Eines der Hauptziele der Partnerschaft für den Frieden ist die Entwicklung der Streitkräfte der Partnerländer, damit diese bei friedenserhaltenden Aktivitäten mit den NATO-Streitkräften zusammenarbeiten können (vgl. auch S. 10-11). Bilaterale Programme und Militärübungen unterstützen die Partnerländer beim Ausbau ihrer Streitkräfte, damit diese sich gemeinsam mit NATO-Streitkräften an friedenserhaltenden Maßnahmen beteiligen können. Von zentraler Bedeutung sind dabei das Erlernen einer gemeinsamen Sprache (Englisch) und die Verbesserung der Interoperabilität. Die Streitkräfte der Partnerländer übernehmen zur Steigerung ihrer Effektivität bei Einsätzen in immer stärkerem Maße die operationalen Normen des Bündnisses sowie Verfahren und Systeme, die mit denen der NATO vereinbar sind. In diesem Zusammenhang spielt das Konzept Operativer Fähigkeiten eine wichtige Rolle. Eine 1994 im SHAPE-Hauptquartier eingerichtete Partnerschaftskordinierungszelle unterstützt die strategischen Kommandobehörden der NATO bei der Koordination von PfP-Lehrgängen und -Übungen.

Die Beteiligung von Partner- und anderen Nicht-NATO-Ländern an Friedenseinsätzen unter NATO-Führung wird vom politisch-militärischen Rahmendokument geregelt. Sie wird von der im Oktober 1995 im SHAPE gegründeten Internationalen Koordinierungszentrale für die Einsatzplanung und Aufstellung der Streitkräfte aller beteiligten Nicht-NATO-Truppen gefördert. Die jeweilige Beteiligung der verschiedenen Staaten unterliegt einer finanziellen und technischen Vereinbarung, die zwischen den einzelnen, Truppen stellenden Ländern und der NATO ausgearbeitet wird, sobald die vorgeschlagenen Beiträge zu einem solchen Einsatz geprüft worden sind. Jedes Partnerland übernimmt die Verantwortung für die Entsendung seiner Kontingente und die Bereitstellung der für das effiziente Funktionieren erforderlichen Unterstützung. In Einzelfällen kann die Unterstützung auch auf bilateraler Basis von einem NATO-Mitgliedstaat übernommen werden.

Wenngleich die meisten Nicht-NATO-Länder, die Soldaten für friedenserhaltende NATO-Einsätze bereitstellen, dem PfP-Programm angehören und in Europa liegen, wird ein Teil der Truppen auch von Ländern anderer Kontinente gestellt, von denen einige

keine formalen Beziehungen zum Bündnis unterhalten. Von südamerikanischer Seite beispielsweise wurden friedenssichernde Kräfte aus Argentinien zur SFOR und KFOR sowie aus Chile zur SFOR entsandt. Von den am Mittelmeerdialog der NATO beteiligten Ländern entsandten Jordanien und Marokko SFOR- und KFOR-Soldaten, während an den NATO-geführten Einsätzen in Bosnien und Herzegowina ägyptische Soldaten teilnahmen. Daneben beteiligten sich aus dem arabischen Raum die Vereinigten Arabischen Emirate mit einem großen Kontingent an der KFOR. Von den südostasiatischen Staaten hat Malaysia die IFOR und SFOR unterstützt, während im Rahmen eines Austauschprogramms mit dem Vereinigten Königreich Soldaten aus Australien und Neuseeland von ihren Ländern auf den Balkan entsandt wurden, um dort bei der Sicherung des Friedens zu helfen. Eine kleine Gruppe von Neuseeländern dient zudem in der ISAF.



### Russische Friedenstruppen

Mehr als sieben Jahre lang stellte Russland für die Friedenstruppen auf dem Balkan das größte Nicht-NATO-Kontingent, bevor es sich im Sommer 2003 aus der SFOR und KFOR zurückzog. Die russischen Soldaten arbeiteten Seite an Seite mit dem Bündnis und seinen Partnern und unterstützten die internationale Gemeinschaft bei ihren Bemühungen um dauerhafte Sicherheit und Stabilität in der Region.

Zum ersten Mal kamen russische friedenssichernde Kräfte im Januar 1996 in Bosnien und Herzegowina zum Einsatz. Sie waren an der multinationalen Brigade im Nordsektor beteiligt, wo sie täglich Patrouillen und Sicherheitskontrollen durchführten und beim Wiederaufbau und bei humanitären Aufgaben halfen. Trotz gewisser Differenzen bezüglich des Lufteinsatzes der NATO im Jahr 1999 spielten die russischen Truppen bei der Beendigung des Kosovo-Konflikts eine wichtige diplomatische Rolle. Sie kamen im Juni 1999 im Kosovo zum Einsatz, waren an den multinationalen Brigaden im Osten, Norden und Süden der Provinz beteiligt, unterstützten den Betrieb des Flughafens von Pristina und stellten medizinische Einrichtungen und Dienstleistungen bereit.

# Verteidigungsreform

Mit dem Ende des Kalten Krieges war auch die Gefahr einer Ost-West-Konfrontation vorbei. Es bestand kein Bedarf mehr an Massenarmeen und riesigen Waffen- und Munitionsarsenalen. Viele hofften auf die aus den reduzierten Verteidigungsausgaben resultierende Friedensdividende. Die Durchführung von Verteidigungsreformen ist jedoch weder billig noch einfach. Zudem sahen sich die NATO und ihre Partnerländer bald mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert und waren gezwungen, ihre Streitkräfte dem sich ändernden Sicherheitsumfeld anzupassen. Dies hatte unausweichlich auch wirtschaftliche Folgen.

Die NATO-Mitgliedstaaten haben stufenweise Militärpersonal, -ausrüstung und stützpunkte abgebaut und ihre Streitkräfte so umgestaltet, dass sie die heutigen verteidigungspolitischen Erfordernisse besser erfüllen können. Viele Partnerländer stehen erst am Beginn dieses langen und schwierigen Prozesses – häufig mit knappen Ressourcen und begrenztem Know-how. Sie sehen sich der enormen Aufgabe gegenüber, Streitkräfte umstrukturieren und umschulen zu müssen, die Teil eines stark militarisierten Umfelds waren und vor dem Hintergrund der demokratischen Veränderungen nicht länger erschwinglich oder angemessen sind. Bei der Umstrukturierung ihrer Streitkräfte spielt auch der Aufbau von Fähigkeiten eine vorrangige Rolle, welche die Länder in die Lage versetzen, sich effektiv am Krisenmanagement und an friedenserhaltenden Einsätzen im euro-atlantischen Raum zu beteiligen. Ein anderer wichtiger Aspekt jeder Verteidigungsreform besteht darin, sicherzustellen, dass ihre Folgen angemessen bewältigt werden.

Einer der wichtigsten Beiträge der Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace/ PfP) ist der jeweilige Planungs- und Überprüfungsprozess (Planning and Review Process/ PARP, siehe S. 11) mit eigenen Zielsetzungen und Überprüfungsverfahren. Letztere werden von bilateralen, zwischen der NATO und den einzelnen Partnerländern entwickelten Programmen ergänzt, die dem Wissensaustausch zwischen den NATO-Ländern und den westeuropäischen Partnerländern und der gegenseitigen Unterstützung bei der Bewältigung der weit reichenden konzeptionellen und praktischen Probleme einer Verteidigungsreform dienen.

## Förderung umfassender Verteidigungsreformen

### Aufbau effizienter Institutionen

Effiziente und leistungsfähige staatliche Verteidigungsinstitutionen unter ziviler und demokratischer Kontrolle sind eine Grundvoraussetzung für die Stabilität im euro-atlantischen Raum und zentrales Element der internationalen Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Vor diesem Hintergrund wurde im Juni 2004 auf dem Gipfeltreffen in Istanbul mit Unterstützung der Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (Euro-Atlantic Partnership Council/ EAPC) ein neuer Partnerschaftsaktionsplan für den Aufbau von Verteidigungsinstitutionen (Partnership Action Plan on Defence Institution Building) verabschiedet.

Dieser neue Mechanismus dient dazu, die Partnerländer in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Reform und Umstrukturierung ihrer Verteidigungsinstitutionen in die Wege zu leiten und voranzutreiben, um sowohl ihre nationalen als auch internationalen Verpflichtungen erfüllen zu können. Der Plan definiert gemeinsame Ziele für entsprechende Partnerschaftsaktivitäten, fördert den Austausch sachdienlicher Erfahrungen und unterstützt die Entwicklung speziell zugeschnittener bilateraler Verteidigungs- und Sicherheitsprogramme.

Zu den Zielen des Aktionsplans zählen unter anderem: wirksame und transparente Vereinbarungen über die demokratische Kontrolle der Verteidigungsaktivitäten, die Beteiligung ziviler Kräfte an der Ausarbeitung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die wirksame und transparente Überwachung des Verteidigungssektors durch Legislative und Judikative, eine fundierte Beurteilung der Sicherheitsrisiken und nationalen Verteidigungsbedürfnisse im Einklang mit der Entwicklung und Aufrechterhaltung erschwinglicher und interoperabler Kapazitäten die Optimierung der Verwaltung der Verteidigungsministerien und sonstiger Behörden mit den ihnen angegliederten Streitkräftenstrukturen, die Einhaltung internationaler Normen und Praktiken im Verteidigungssektor einschließlich Exportkontrolle, effiziente und transparente Finanz-, Planungs- und Ressourcenzuteilungsverfahren im Verteidigungsbereich, eine effiziente Verwaltung der Verteidigungsausgaben sowie die Bewältigung der sozioökonomischen Folgen von

Umstrukturierungen im Verteidigungsbereich, wirksame und transparente Personalstrukturen und -praktiken im Verteidigungssektor sowie eine gut funktionierende internationale Zusammenarbeit und gute nachbarschaftliche Beziehungen in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen.

Für die Umsetzung der Aktionspläne werden weitestmöglich bestehende Instrumente und Mechanismen des EAPC und der PfP eingesetzt. Eines der Hauptinstrumente bei der Umsetzung der Ziele eines Aktionsplans ist der Planungs- und Überprüfungsprozess PARP, der speziell auf den jeweiligen Zweck zugeschnitten wird. Eine effiziente Umsetzung bedarf auch einer gemeinsamen Vorstellung von Standards und Konzepten in den Bereichen Verteidigung, Verteidigungsplanung und Verteidigungsreform. Diese „konzeptionelle“ Interoperabilität erfordert umfangreiche Investitionen in die Ausbildung und verstärkte Bemühungen um den Austausch von Fachwissen und entsprechenden Erfahrungen der Bündnis- und Partnerländer untereinander.

### Fallstudie: Ukraine

Das von der NATO zusammen mit der Ukraine entwickelte Kooperationsprogramm zu Verteidigungsreformen ist umfangreicher als bei jedem anderen Partnerland und zeugt von dem breiten Spektrum der Kooperationsaktivitäten für Partnerländer in diesem Bereich.

Nach ihrer Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 übernahm die Ukraine zum Teil die militärischen Strukturen und Streitkräfte der ehemaligen Sowjetunion. Die Ukraine bat die NATO um einen um Hilfe bei der Umwandlung ihres Erbes aus dem Kalten Krieg in eine kleinere, moderne und effizientere Streitkraft, die den neuen sicherheitspolitischen Anforderungen des Landes gerecht wird, und zum anderen um Unterstützung bei der von der Ukraine gewählten Rolle, aktiv zur europäischen Stabilität und Sicherheit beizutragen. Das Hauptanliegen der NATO

bei diesem Bestreben war es, die demokratische und zivile Kontrolle über die ukrainischen Streitkräfte zu stärken und ihre Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften zu verbessern.

Nach ihrem Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden im Jahr 1994 konnte sich die Ukraine dank der intensivierten Kontakte und Zusammenarbeit mit der NATO auf eine umfangreiche Beratung und praktische Hilfe stützen. Weiter vertieft wurde die Zusammenarbeit durch die Unterzeichnung der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine im Jahr 1997. Ein Jahr später wurde eine Gemeinsame Arbeitsgruppe für Verteidigungsreform eingerichtet, um die Konsultationen und die praktische Zusammenarbeit bei der Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors zu erleichtern. Im April 1999 schließlich wurde in Kiew ein NATO-Verbindungsbüro zur Unterstützung der Reformbemühungen im Verteidigungssektor eingerichtet.

Die Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden kam den Reformbemühungen der Ukraine und der Interoperabilität zugute. Als besonders wichtig erwies sich der PARP-Mechanismus, da er die Festlegung der wichtigsten Voraussetzungen für die Verteidigungsplanung erleichterte. Ebenfalls von großer Bedeutung war die technische Unterstützung und Beratung bei der Überprüfung der Verteidigungsstrukturen, die der Ukraine bei der Erstellung eines Fahrplans für die Verteidigungsreform halfen. Eine solche Verteidigungsüberprüfung ist ein komplexer, objektiver analytischer Prozess, der die verteidigungspolitischen Anforderungen eines Landes auf der Grundlage seiner nationalen Sicherheitspolitik bestimmen soll, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Anforderungen und verfügbaren Ressourcen herzustellen versucht und der Entwicklung von Vorschlägen dient, wie sich das Verhältnis von Streitkräften und Ressourcen einerseits und Steuermitteln andererseits optimal gestalten lässt. Das Ergebnis der Überprüfung stellt den

> Februar 2004: Der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO (Mitte) besucht Kiew (Ukraine), um sich über die Fortschritte der Militärkooperation und der Verteidigungsreform zu informieren.



konzeptionellen Rahmen für weitere Reformen dar, die per definitionem langfristiger Bemühungen bedürfen.

Weitere Schlüsselaspekte der Zusammenarbeit sind die Unterstützung der Ukraine bei der Entwicklung eines neuen Sicherheitskonzepts und einer neuen Militärdoktrin, die effizientere und transparentere Planung und Budgetierung des Verteidigungsprogramms und die Intensivierung der Beziehungen zwischen Zivilisten und Militär, zu der auch das Bestreben zählt, dem zivilen Sektor eine wichtigere Rolle in den ukrainischen Verteidigungsstrukturen zukommen zu lassen. Darüber hinaus werden die Umstrukturierungs- und Umgestaltungsbestrebungen der Ukraine durch konkrete Beratung zum Abbau, zur Umwandlung und Professionalisierung der Streitkräfte sowie zur Einrichtung von schnellen Eingreifkräften unterstützt. Die Aktivitäten beschränken sich jedoch nicht auf die Streitkräfte oder das Verteidigungsministerium, sondern erstrecken sich auch auf die Unterstützung der ukrainischen Grenzschrützer und -truppen, die dem Innenministerium unterstehen.

Aus- und Fortbildung spielen bei der Umgestaltung des Verteidigungssektors eine zentrale Rolle. Hochrangige ukrainische Offiziere nehmen regelmäßig an den für die Partnerländer veranstalteten Kursen der NATO-Verteidigungsakademie in Rom (Italien) und der NATO-Schule in Oberammergau (Deutschland) teil. Darüber hinaus sammelt das militärische Personal im Rahmen verschiedenster Aktivitäten und Militärübungen praktische Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit mit den Streitkräften der NATO-Länder und anderer Partnerländer. Um der Ukraine bei der Bewältigung der Folgen der Verteidigungsreform zu helfen, finanziert und organisiert die NATO zusammen mit dem für die Wiedereingliederung arbeitsloser Soldaten in die Gesellschaft verantwortlichen Nationalen Koordinationszentrum der Ukraine spezielle Sprach- und Managementkurse. Zudem wird die Ukraine bei ihren Entmilitarisierungsprojekten über den PfP-Treuhandfonds (siehe S. 28) von einzelnen Bündnispartnern unterstützt.

## Verteidigungsreformen und die Bewältigung ihrer Folgen

Soll eine Verteidigungsreform durchgeführt werden, ist es von zentraler Bedeutung, gleich zu Beginn angemessene Schritte zur Bewältigung der Folgen und zur Verringerung möglicher negativer Begleiterscheinungen einzuleiten.

Militärangehörige, die ihre Arbeitsstelle verlieren, müssen bei der Wiedereingliederung in das zivile Leben begleitet werden. Die Schließung von Militärstützpunkten kann schwere Folgen für die betroffenen Gemeinden und die lokale Wirtschaft haben, daher sind Pläne zur Neuentwicklung der Standorte unerlässlich. Lager mit überflüssigen oder veralteten Waffen- und Munitionsbeständen sind ein ernsthaftes Sicherheits- und Umweltrisiko und müssen sicher entsorgt werden.

Die NATO hat zahlreiche Initiativen in die Wege geleitet, um ihre Partnerländer in diesem Bereich sachkundig zu beraten. Wenngleich die Möglichkeiten der NATO zur Finanzierung entsprechender Projekte und Programme begrenzt sind, versucht sie über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit anderen internationalen Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen sowie mit einzelnen Ländern, die bereit sind, bilaterale Hilfe anzubieten, zusätzliche Mittel verfügbar zu machen.

### Umschulung von Soldaten

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden in den Partnerländern über fünf Millionen Soldaten aus dem Militärdienst entlassen. Es herrscht ein dringender Bedarf an Umschulungsmaßnahmen und Verdienstalternativen. Seit Anfang 2000 bietet die NATO den Partnerländern Hilfe bei der Umschulung von Militärpersonal und ihrer Wiedereingliederung in das zivile Leben an.

Ein speziell zusammengestelltes Expertenteam der NATO steht den nationalen Behörden mit Beratung, Analysen und Leitlinien zu Umschulungsmaßnahmen und -programmen zur Seite. Unterstützt werden unter anderem Aktivitäten wie Beratungen für bald zu entlassendes Militärpersonal im Hinblick auf die Stellensuche oder den Schritt in die Selbstständigkeit, Sprachkurse und die Einrichtung von Umschulungszentren.

Im Südosten Europas, wo bis zum Jahr 2010 voraussichtlich 3.000 Militärstandorte und -stützpunkte geschlossen und schätzungsweise 175.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden, ist das Interesse an solchen Programmen besonders groß. Rumänien und Bulgarien – seinerzeit noch Partnerländer – profitierten als erste von dieser Form der Unterstützung. Bis 2004 nahmen pro Land ca. 20.000 Militärangehörige an Umschulungsprogrammen teil. Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\* sowie Serbien und Montenegro sondieren Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der NATO in



### Unterstützung ehemaliger Militärangehöriger

Das seit März 2002 existierende NATO-Russland-Zentrum für die Umschulung ehemaliger Angehöriger der Streitkräfte hilft bei der Bewältigung der durch den Abbau des russischen Militärs entstehenden sozialen Folgen, indem es entlassenen Militärangehörigen aus ganz Russland spezielle Umschulungen und Wiedereingliederungshilfen anbietet. Mit der Einrichtung lokaler Büros in Jaroslavl, St. Petersburg, Chita, Perm, Kaliningrad und Rostov-am-Don dehnte das in Moskau ansässige Zentrum seine Aktivitäten 2003 auch auf andere Regionen aus.

Das Zentrum hat Websites mit praktischen Informationen zu Umschulungen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Ratschlägen zum Einstieg in die Selbstständigkeit eingerichtet. Darüber hinaus bietet es direkte Lehrgänge an, schult Wiedereingliederungsspezialisten und organisiert Konferenzen zum Informationsaustausch in diesem Bereich. Allein während der ersten 18 Monate seiner Tätigkeit wurden 210 Ausbilder geschult, die heute Wiedereingliederungsaufgaben übernehmen. Außerdem wurde mit der Fortbildung von ca. 200 Personen, unter anderen in den Bereichen EDV, Management und Buchhaltung, begonnen.

diesem Bereich. Darüber hinaus unterstützt die NATO Umschulungsinitiativen in Russland und der Ukraine.

### Umgestaltung von Militärstützpunkten

Im Rahmen einer NATO-Initiative für die Umgestaltung von Militärstandorten in Südosteuropa werden die nationalen Behörden von einem NATO-Expertenteam mit Ratschlägen und Empfehlungen dabei unterstützt, effiziente neue Nutzungsmöglichkeiten für Militärbasen zu finden, die für zivile Zwecke umgestaltet werden sollen. Die Initiative soll zudem die regionale Kooperation und den Informationsaustausch unter den beteiligten Ländern fördern, zu denen unter anderem verschiedene Partnerländer und zwei neue NATO-Mitgliedstaaten zählen: Albanien, Bulgarien, Kroatien, die Republik Moldau, Rumänien, Serbien und Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*.

Verschiedene Pilotprojekte unterstützen die Entwicklung eines strategischen Ansatzes für die Schließung von Militärbasen und Umgestaltung von Standorten. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Gewährleistung von Umweltsanierungsmaßnahmen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Diversifizierung der lokalen Wirtschaft in Gebieten, in denen die Militärbasen die einzigen großen Arbeitgeber waren. Einige Basen werden derzeit umgestaltet, um später beispielsweise als Wohnanlagen, Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren, Gefängnisse, Parkanlagen oder Naturschutzgebiete zu dienen.

### Vernichtung von Minen, Munition und Waffen

Der PfP-Treuhandfonds (*siehe Kasten S. 28*) unterstützt Partnerländer bei der sicheren Vernichtung überschüssiger Bestände von Antipersonenminen, Munition sowie Klein- und Leichtwaffen. Speziell zugeschnittene, mit dem jeweiligen Land entwickelte Projekte sollen sicherstellen, dass die Vernichtung sicher, umweltfreundlich und im Einklang mit den internationalen Standards erfolgt. Die Projekte sollen, soweit möglich, lokale Ressourcen und Einrichtungen nutzen, um die damit verbundenen Kosten zu reduzieren und die Menschen vor Ort durch Schulungen in die Vernichtung der Waffen einzubeziehen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern und neue Fähigkeiten zu vermitteln.

Dank entsprechender Projekte konnten bis Anfang 2005 in Albanien ca. 1,6 Millionen Antipersonenminen erfolgreich zerstört, in der Republik Moldau 12.000 Landminen und 7.000 Tonnen überschüssiger Bestände an Munition und Raketentreibstoff entsorgt, in der Ukraine 400.000 Antipersonenminen vernichtet, in Tadschikistan 1.200 Landminen vernichtet und in Georgien über 300 Raketen zerstört werden. Weitere Entmilitarisierungsprojekte für Albanien, Aserbaidschan, Serbien und Montenegro, die Ukraine sowie Weißrussland sind in Planung.

## DER TREUHANDFONDS DER PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN

Der Treuhandfonds der Partnerschaft für den Frieden (PfP-Treuhandfonds) wurde im September 2000 ursprünglich als Mechanismus zur Unterstützung der Partnerländer bei der sicheren Vernichtung von Antipersonenminen-Beständen eingerichtet. Auf diese Weise sollten die Unterzeichnerstaaten bei der Umsetzung des Ottawa-Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung unterstützt werden.

Aufbauend auf dem Erfolg mehrerer Minenvernichtungsprojekte wurde der Geltungsbereich des Fonds auf andere Entmilitarisierungsprojekte zur Vernichtung von Munition sowie von Klein- und Leichtwaffen ausgeweitet. Vor kurzem wurden die Einsatzmöglichkeiten des Fonds erweitert, um Partnerländer mithilfe von Initiativen wie Umschulungsmaßnahmen oder die Umgestaltung von Militärbasen bei der Bewältigung der Folgen von Verteidigungsreformen zu unterstützen. Darüber hinaus können Treuhandfonds zur Unterstützung der Länder des Mittelmeerdialogs eingerichtet werden.

Im Rahmen des Fonds arbeiten NATO-Mitglieder mit einzelnen Partnerländern zusammen, um konkrete Projekte festzulegen und umzusetzen. Für die Finanzierung und Entwicklung des Projektvorschlags und die Ermittlung potenzieller Beitragleistender übernimmt immer ein NATO- oder ein Partnerland die führende Rolle. Von dem Partnerland, das direkt von dem Projekt profitiert, wird erwartet, dass es sich aktiv an dem Projekt beteiligt und es bestmöglich unterstützt. NATO-Experten beraten und leiten das Projekt.

Die finanziellen Mittel werden von den NATO-Mitgliedern oder Partnerländern freiwillig zur Verfügung gestellt. Die Beiträge können auch aus Ausrüstungen oder Sachmitteln bestehen. Ausführendes Organ für die Projekte ist häufig die NATO-Agentur für Materialerhaltung und Ersatzteilversorgung in Luxemburg, die für die Umsetzung technischer und finanzieller Angelegenheiten zuständig ist.

Weitere Informationen unter:  
[www.nato.int/pfp/trust-fund.htm](http://www.nato.int/pfp/trust-fund.htm)



### Vernichtung alter Raketen

In Georgien wurden dank eines Anfang 2005 abgeschlossenen PfP-Treuhandfondprojekts ca. 300 alte Flugabwehrraketen sicher zerstört. Die in den Basen von Ponichala und Chaladid gelagerten Raketen wurden demontiert, die Sprengköpfe entfernt und anschließend an einen anderen Ort gebracht, um dort kontrolliert gezündet zu werden.

Das Projekt hat die Sicherheit in den Gebieten, in denen die Raketen gelagert waren, erheblich erhöht und zudem die ansonsten von diesen Waffen ausgehende Gefahr der Umweltverseuchung gebannt.

# Katastrophenschutz und -hilfe

Jedes Land kann jederzeit von einer Katastrophe, sei sie vom Menschen verursacht oder natürlichen Ursprungs, betroffen sein und vor der Aufgabe stehen, die Auswirkungen einer Katastrophe bewältigen zu müssen. Auch große zivile Notfälle bergen potenzielle Sicherheits- und Stabilitätsrisiken. Wenngleich jedes Land selbst für die Bewältigung von Notfällen in seinem Hoheitsgebiet und der Versorgung der Opfer verantwortlich ist, reichen die Kapazitäten des betroffenen Landes je nach Ausmaß und Dauer einer Katastrophe, die weit über die Landesgrenzen hinausreichen kann, nicht immer aus. Aus diesem Grund ist die internationale Zusammenarbeit für die Bewältigung von Krisensituationen und eine Stärkung des Katastrophenhilfepotenzials unabdingbar.

Seit Jahren arbeiten die NATO-Länder auf dem Gebiet Katastrophenschutz und -hilfe, innerhalb der NATO als „zivile Notfallplanung“ bezeichnet, zusammen. In den 90-er Jahren wurde diese Zusammenarbeit, die heute die größte nichtmilitärische Komponente der Aktivitäten „Partnerschaft für den Frieden“ (Partnership for Peace/ PfP) darstellt, auch auf die Partnerländer erstreckt. Auf der Grundlage eines Vorschlags von Russland wurde 1998 die Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe (Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre/ EADRCC) zur Koordinierung der Hilfe unter den Ländern des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (Euro-Atlantic Partnership Council/ EAPC) bei Katastrophen im euro-atlantischen Raum eingerichtet.



> Mitarbeiter des Roten Halbmondes nehmen an einer PfP-Übung teil.

## Förderung einer effizienten Koordinierung

Für eine effiziente Katastrophenhilfe ist die Koordinierung von Transportmitteln, medizinischen Ressourcen, Kommunikationssystemen, Kapazitäten für die Katastrophenhilfe und anderer ziviler Ressourcen erforderlich. Alle Länder sind dafür verantwortlich, das Vorhandensein von Krisenplänen auf nationaler Ebene sicherzustellen. Da Katastrophen jedoch weit über die Landesgrenzen hinaus reichen können und es unbedingt erforderlich ist, auf Ersuchen um internationale Hilfe effizient reagieren zu können, sind Zusammenarbeit und Planung auf internationaler Ebene unabdingbar.

Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Partnerländern bei der zivilen Notfallplanung umfasst unter anderem Seminare, Workshops, Übungen und Lehrgänge, die das zivile und militärische Personal der verschiedenen lokalen, regionalen und nationalen Entscheidungsebenen zusammenbringen. Eine wichtige Rolle spielen auch internationale Organisationen wie das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UN High Commissioner for Refugees/ UNHCR), die Internationale Atomenergiebehörde und die Europäische Union sowie nichtstaatliche Hilfsorganisationen.

Dank speziell ausgearbeiteter Katastrophenpläne, angemessener Verfahren und der notwendigen Ausrüstung sowie durch gemeinsame Lehrgänge und Übungen gelang es der NATO und den Partnerländern, ihre Hilfe bei verschiedenen Katastrophen über die EADRCC effizient zu koordinieren. Hierzu zählten zum Beispiel Überschwemmungen in Albanien, Aserbaidschan, der Tschechischen Republik, Ungarn, Rumänien und der Ukraine, Erdbeben in der Türkei, Waldbrände in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* und in Portugal sowie extreme Unwetter in der Republik Moldau und der Ukraine.



### Fluthilfe

Allein die westliche Ukraine war im letzten Jahrhundert von 13 großen Überschwemmungen betroffen. Die NATO und die Partnerländer kamen der Ukraine nach schweren Flutkatastrophen in den Jahren 1995, 1998 und 2001 zur Hilfe.

Direkte praktische Vorteile für die Ukraine bringt seit 1997 im Rahmen einer Vereinbarung über zivile Notfallplanung und Katastrophenbekämpfung ein umfangreiches Kooperationsprogramm für diese Region. Eines der Hauptanliegen bestand darin, die Ukraine, deren Westen häufig von schweren Überschwemmungen heimgesucht wird, dabei zu unterstützen, sich besser auf solche Krisensituationen vorzubereiten und deren Folgen besser bewältigen zu können. PfP-Übungen wie beispielsweise eine in der transkarpatischen Region der Ukraine durchgeführte Übung im September 2000 dienen der praktischen Übung von Katastropheneinsätzen einschließlich Luftaufklärung, Evakuierung von Opfern und Einrichtung von Wasserreinigungsanlagen. Darüber hinaus wurde 2001 ein Pilotprojekt gestartet, bei dem über 40 Experten für

Hochwasser und Krisensituationen aus zwölf Ländern zusammenkamen, um praktische Empfehlungen für ein effizientes Flutwarn- und Fluthilfesystem für das Einzugsgebiet des Flusses Tisza zu entwickeln.

## DIE EURO-ATLANTISCHE KOORDINIERUNGSZENTRALE FÜR KATASTROPHENHILFE

Im Juni 1998 wurde im NATO-Hauptquartier auf der Grundlage eines Vorschlags von Russland die Euro-Atlantische Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe (Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre/ EADRCC) geschaffen. Die rund um die Uhr operierende Zentrale agiert als Drehscheibe für die Weitergabe von Informationen und koordiniert die Katastrophenhilfe der NATO und ihrer Partnerländer im euro-atlantischen Raum. Darüber hinaus organisiert sie Übungen für schwere zivile Notfälle, bei denen Katastrophenhilfeeinsätze mithilfe simulierter Krisensituationen menschlichen und natürlichen Ursprungs sowie Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen nach einem terroristischen Anschlag mit chemischen, biologischen oder radiologischen Substanzen geprobt werden.

Die Zentrale arbeitet eng mit internationalen Behörden zusammen, die eine führende Rolle bei der internationalen Katastrophenhilfe und Folgenbewältigung spielen:

dem Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und anderen Organisationen.

Die Länder werden darin unterstützt, bilaterale oder multilaterale Vereinbarungen in Bereichen wie Visa- und Einreisebestimmungen, Transitmöglichkeiten, Zollabfertigung und Rechtsstellung des Personals etc. zu entwickeln. Maßnahmen wie diese dienen der Vermeidung bürokratischer Verzögerungen beim Einsatz von Hilfsmitteln und -teams im Ernstfall. Daneben wurden Vereinbarungen für eine Euro-Atlantische Abteilung für Katastrophenhilfe getroffen, die verschiedene nationale Komponenten beinhaltet, die von den Ländern im Falle einer Katastrophe kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können.

Weitere Informationen unter:  
[www.nato.int/eadrcc/home.htm](http://www.nato.int/eadrcc/home.htm)

## Flüchtlingshilfe

Die ursprünglich zur Bewältigung natürlicher und technologischer Katastrophen eingerichtete EADRCC wurde aufgrund der im Laufe des Jahres 1998 zunehmenden internationalen Besorgnis über die wachsende humanitäre Krise im und um den Kosovo zunächst für die Flüchtlingshilfe beansprucht. Bis zum Jahresende führte der offene Konflikt zwischen serbischen Militärs und Polizeikräften und den Freischärlern der Kosovo-Albaner zum Tod zahlreicher Angehöriger der albanischen Volksgruppe und zur Vertreibung von mehr als 300.000 Menschen.

Die EADRCC wurde umgehend nach ihrer Gründung Anfang Juni 1998 hinzugezogen, als der UNHCR um Unterstützung für den Transport von 165 Tonnen dringend benötigter Hilfsgüter zu Flüchtlingen in Albanien ersuchte. Im Laufe der folgenden Monate wurde angesichts der sich zuspitzenden Krise eine einsatzbereite Basis für die Zusammenarbeit zwischen EADRCC und UNHCR eingerichtet. Darüber hinaus reisten EADRCC-Mitarbeiter in die Region, um sich besser mit der Situation vertraut zu machen. Diese vorbereitenden Aktivitäten waren die Grundlage dafür, die Flüchtlingshilfe intensivieren und ausweiten zu können, als die Krise im Frühjahr 1999 mit dem Beginn von Luftangriffen der Bündnispartner und der Zwangsvertreibung Hunderttausender von Angehörigen der albanischen Volksgruppe durch serbische Streitkräfte eskalierte.

Die Zentrale diente als Drehscheibe für die Verbreitung von Informationen unter den Ländern des EAPC und half bei der Koordinierung der Hilfsmaßnahmen. Hilfsgüter wie Arzneimittel und medizinische Ausrüstung, Telekommunikationsausrüstung, Schuhe, Bekleidung und Zelte für mehr als 20.000 Menschen wurden verschickt. Die EADRCC organisierte für die Region auch Hilfe aus Nichtpartnerländern wie Israel, das ein komplett ausgestattetes Feldlazarett samt Personal zur Verfügung stellte, und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die beim Wiederaufbau des Flughafens von Kukes im Nordosten des Landes halfen.

Flugzeuge, Hubschrauber, Frachtabwicklungsteams und logistische Beratung wurden bereitgestellt, um beim Transport und bei der Verteilung der Hilfsgüter zu helfen. Daneben spielte die EADRCC eine wichtige Rolle bei der Koordinierung dringlicher

> Die Euro-Atlantische Koordinierungszentrale unterstützte die Katastrophenhilfe während der Kosovo-Krise.



humanitärer Flüge: Sie brachte wichtige Akteure aus dem Bereich des Flugverkehrsmanagements zur Entwicklung geeigneter Verfahren zusammen und sorgte dafür, dass der Koordinationszelle der Vereinten Nationen für die Luftstreitkräfte Flugverkehrs-Experten zugewiesen wurden.

Zudem agierte die EADRCC im Auftrag der beiden von der Krise am schlimmsten betroffenen Länder Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* als Kommunikationsstelle zu anderen NATO- und Nicht-NATO-Organen, indem sie spezielle Schwierigkeiten artikuliert und erläuterte. Dazu zählte auch die dringende Notwendigkeit, Mechanismen zur Evakuierung in Drittländer einzurichten und angesichts der sich verschlimmernden Flüchtlingskrise ein humanitäres Sicherheitsventil zu schaffen.

## Vorbereitung auf terroristische Anschläge

Die Ereignisse vom 11. September 2001 machten die Dringlichkeit der Zusammenarbeit bei der Vorbereitung auf mögliche terroristische Anschläge auf die Zivilbevölkerung mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Waffen deutlich. Der Partnerschaftsaktionsplan gegen den Terrorismus (siehe S. 15) fördert den Austausch relevanter Informationen und die Beteiligung an der zivilen Notfallplanung zur Analyse von Risiken und Reduzierung der Verwundbarkeit der Zivilbevölkerung durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen.

Es wurde ein Aktionsplan für die zivile Notfallplanung verabschiedet, der die nationalen Behörden dabei unterstützen soll, den zivilen Sektor für den Fall eventueller terroristischer Anschläge mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Waffen besser vorzubereiten. Die NATO und ihre Partnerländer haben ein Inventar der nationalen Ressourcen erstellt, das sie kontinuierlich aktualisieren und das im Falle eines solchen Anschlags zur Verfügung stünde. Diese Ressourcen beinhalten die gesamte Bandbreite von der ärztlichen Versorgung über Ortungssysteme für radiologische Waffen und Laboratorien für Identifikationszwecke bis hin zu luftmedizinischen Evakuierungskapazitäten. Vorratslager mit dem wichtigsten gegebenenfalls benötigten Material

befinden sich im Aufbau. Darüber hinaus wird an der Verbesserung grenzüberschreitender Verfahren gearbeitet, um in Krisensituationen eine möglichst schnelle Hilfe gewährleisten zu können.

Ebenfalls in der Entwicklung sind Mindeststandards in den Bereichen Fortbildung, Planung und Ausrüstung. Regelmäßige Truppenübungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden gewährleisten, dass die Länder bei der Reaktion auf einen Terroranschlag und bei der Bewältigung seiner Folgen so effektiv wie möglich zusammenarbeiten. Dies impliziert insbesondere die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen mit der medizinischen Versorgung, Erster Hilfe bzw. Dekontamination und Reinigung betrauten Teams. Ein anderes wichtiges aktuelles Thema ist die Frage, wie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in schwierigen Krisensituationen optimal gestaltet werden kann.



### Übung „schmutzige Bombe“

Übung im Oktober 2003 in Pitești in Rumänien (seinerzeit Partnerland), bei der internationale Hilfseinsätze nach einem Terroranschlag mit einer „schmutzigen Bombe“ (Vorrichtung zur Ausbringung radiologischer Stoffe) simuliert wurden. Beteiligt waren ca. 1.300 rumänische und 350 internationale Mitarbeiter.

# Sicherheit, Wissenschaft und Umweltschutz

Wissenschaftler und Experten aus NATO- und Partnerländern kommen regelmäßig im Rahmen zweier verschiedener NATO-Programme zusammen, um Probleme von gemeinsamem Interesse zu behandeln. Zusammenarbeit gehört für Wissenschaftler zur Tradition und ist für den wissenschaftlichen Fortschritt unabdingbar. Die daraus entstehenden Netzwerke dienen zudem einem politischen Ziel: der Förderung des Verständnisses und Vertrauens zwischen Gemeinschaften mit unterschiedlichem kulturellen und traditionellen Hintergrund.

Ziel des Programms „Sicherheit durch Wissenschaft“ des NATO-Wissenschaftsausschusses ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse für die Lösung von Problemen in den Bereichen Sicherheit, Stabilität und Solidarität in den Ländern zu nutzen. Es fördert die Zusammenarbeit, die Vernetzung und den Ausbau der Kapazitäten der Wissenschaftler aus NATO-, Partner- und Mittelmeerdialo-Ländern. Das Programm „Sicherheit durch Wissenschaft“ konzentriert sich bei der Förderung der Zusammenarbeit auf Forschungsthemen mit Bezug zur Verteidigung gegen den Terrorismus oder zur Bekämpfung sonstiger Sicherheitsbedrohungen. Ein weiteres Ziel ist es, den Austausch und die Weitergabe von Technologien zu fördern, um den Partnerländern bei der Behandlung von Themen behilflich zu sein, die für sie von vorrangigem Interesse sind.

Das Programm des Ausschusses für die Herausforderungen der modernen Gesellschaft (Committee on the Challenges of Modern Society/ CCMS) zielt auf umwelt- und gesellschaftspolitische Probleme ab und bietet ein Dach für nationale Behörden zum Zwecke einer gemeinsamen Zusammenarbeit an Kurzzeit- und Langzeitstudien in diesen Bereichen. Es ist ein einzigartiges Forum für den Austausch von Wissen und Erfahrungen im Zusammenhang mit den technischen, wissenschaftlichen und politischen Aspekten sozial- und umweltpolitischer Fragen innerhalb der NATO und ihrer Partnerländer im zivilen wie auch im militärischen Bereich. Hauptorientierungspunkt seiner Aktivitäten sind verschiedene, besonders sicherheitsrelevante Aspekte.

## Sicherheit durch Wissenschaft

### Verteidigung gegen den Terrorismus

Der Kampf gegen den Terrorismus hat sich für die Bündnisstaaten und Partnerländer gleichermaßen zu einem Thema von höchster Dringlichkeit entwickelt. Die NATO fördert die wissenschaftliche Forschung für die Entwicklung effektiver Methoden zur Ortung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Waffen oder Substanzen und für die Verbesserung des physischen Schutzes vor ihnen. Darüber hinaus fördert sie Forschungsprojekte, deren Ziel es ist, die Möglichkeiten für eine sichere Zerstörung solcher Waffen, für die Dekontamination und für medizinische Verfahren einschließlich chemischer Methoden und Impfungen zu verbessern.

Speziell organisierte Workshops und Seminare dienen der Zusammenkunft von Wissenschaftlern, die sich mit Themen wie der Reduzierung der Anfälligkeit wichtiger Infrastrukturkomponenten (unter anderem Energie, Kommunikation, Transport und lebenserhaltende Systeme), dem Schutz vor Öko- und Cyberterrorismus, der Verbesserung der Grenzsicherung, dem Kampf gegen illegalen Handel und der Entwicklung effektiverer Mittel zum Aufspüren von Sprengstoffen beschäftigen.

Aber auch allgemeinere Themen werden untersucht – zum Beispiel die Frage nach den Ursachen des Terrorismus, seinen gesellschaftlichen und psychologischen Folgen und die Frage, wie die Bevölkerung angesichts der terroristischen Bedrohung gestärkt werden kann – um politische Empfehlungen daraus abzuleiten.

### Bekämpfung sonstiger Sicherheitsbedrohungen

Eine ebenfalls große, wenngleich weniger offensichtliche, potenzielle Bedrohung von Sicherheit und Stabilität sind unter anderem die Knappheit der nicht erneuerbaren Ressourcen und zunehmende Umweltprobleme, die zu regionalen oder grenzüberschreitenden Auseinandersetzungen führen können

(beispielsweise Wüstenbildung, Bodenerosion oder Verschmutzung gemeinsam genutzter Wasserstraßen). Oft bedarf es nicht nur wissenschaftlichen Know-hows, sondern auch multilateraler Maßnahmen, um Probleme dieser Art zu lösen. Aus diesem Grund unterstützt die NATO Projekte und Untersuchungen, welche die Anwendung bewährter wissenschaftlicher Praktiken fördern und die wichtigsten betroffenen Länder einbeziehen.

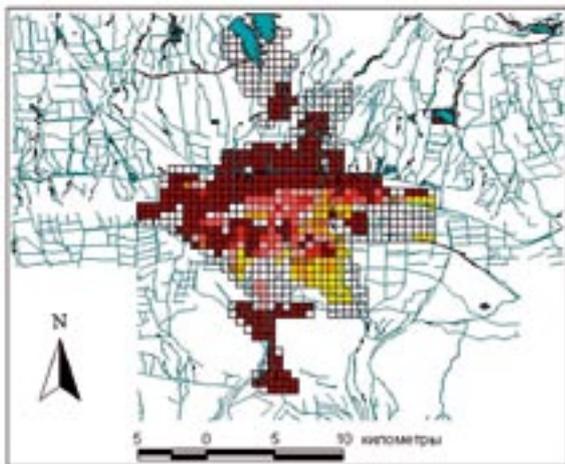
Die Welt wäre auch ein sichererer Ort, wenn man Naturkatastrophen vorhersagen, ihre Auswirkungen mildern oder – besser noch – sie verhindern könnte. Dieser Bereich ist für viele Partner von größtem Interesse. Die NATO hat zahlreiche Projekte durchgeführt, deren Ziel es war, die Zahl der Todesopfer, Sachschäden und die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgeschäden nach schweren Erdbeben zu reduzieren. Im Rahmen solcher Projekte werden beispielsweise Wege gesucht, die Erdbebensicherheit von Gebäuden zu verbessern, oder Daten über die seismologischen und geologischen Eigenschaften bestimmter Regionen gesammelt, um seismische Gefährdungskarten zu entwickeln, anhand derer Stadtplaner entscheiden können, welche Gebäudetypen wo gebaut werden. Daneben werden auch Projekte gefördert, die der Entwicklung effizienterer Frühwarn- und Hochwassermanagementsysteme dienen.

## UMWELT UND SICHERHEIT

Der internationale Charakter umweltpolitischer Themen veranlasste die internationale Gemeinschaft, sich aktiv für Umweltprojekte einzusetzen, die nicht nur die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, sondern auch die Sicherheit und Stabilität fördern sollen. Solche Projekte gehören zu den Hauptaktivitäten des Ausschusses für die Herausforderungen der modernen Gesellschaft (Committee on the Challenges of Modern Society/ CCMS) und spielen eine wichtige Rolle im Programm „Sicherheit durch Wissenschaft“.

Ein wichtiger Schritt zur Förderung der Verbindung von Umweltfragen mit Sicherheit und Stabilität wurde 2002 unternommen, als von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen eine gemeinsame Umwelt- und Sicherheitsinitiative (Environment and Security, ENVSEC) ins Leben gerufen wurde. Diese Initiative konzentriert sich auf gefährdete Gebiete wie den Balkan, den Kaukasus und Zentralasien.

Da die Programme „Sicherheit durch Wissenschaft“ und CCMS durch die wissenschaftliche und umweltpolitische Zusammenarbeit mit Partnerländern in diesen Regionen zur Förderung von Sicherheit beitragen, wurden sie in der Zwischenzeit der ENVSEC angegliedert. Durch die Koordinierung der Aktivitäten und die Weitergabe von Informationen und Ergebnissen an die zuständigen Institutionen in den Regionen kann der Wirkungsradius dieser Aktivitäten erheblich vergrößert werden.



**Bischkek: Gefährdung von Wohnhäusern jeder Art im Falle eines Erdbebens**



### Erdbebenhilfe

Erdbeben stellen insbesondere für die dicht besiedelten Gebiete in Zentralasien eine ernsthafte Bedrohung dar. In einem von der NATO geförderten Projekt unterstützen türkische Erdbebenforscher ihre Kollegen aus Usbekistan und Kirgistan bei der Erstellung von Gefahren- und

Risikokarten für die Hauptstädte Taschkent und Bischkek. Diese Karten dienen als Entscheidungshilfen für die Stadtplanung und die Absicherung bestehender Gebäude.

Eine moderne Gesellschaft ist auf gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel und zuverlässige Informationen angewiesen; daher muss sichergestellt werden, dass diese auch verfügbar sind. Auch dies sind Kernbereiche, die weiterer Studien bedürfen, um die Sicherheit der Gesellschaft zu erhöhen.

## Menschen verbinden

Wissenschaftler sind auf den Zugang zu Informationen angewiesen, um stets auf dem neuesten Stand von Entwicklung und Forschung zu sein. Doch noch sind nicht alle Forscher und Wissenschaftler in der Lage, vom Informationszeitalter zu profitieren und die Möglichkeiten des Internets auszuschöpfen. Zudem ist die Aufhebung eines Informationsmonopols Grundvoraussetzung für das Gedeihen der Demokratie und der Zivilgesellschaft.

Um an diesem Punkt Abhilfe zu schaffen, hat das NATO-Wissenschaftsprogramm für zivile Forschung zahlreichen Forschungs- und Bildungsinstituten in Partnerländern die für den Internetzugang erforderliche Netzwerkinfrastruktur bereitgestellt.

Zum einen wurden Städtenetzwerke eingerichtet, um Forschungsgemeinschaften in den östlichen Regionen Russlands und in der Ukraine den Zugang zum Internet zu erleichtern, zum anderen nationale Netze in der Republik Moldau, Rumänien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*. Das bisher umfangreichste und ehrgeizigste von der NATO unterstützte Projekt auf diesem Gebiet ist der „Virtual Silk Highway“ (Virtuelle Seidenschnellstraße), der Naturwissenschaftlern und Forschern in Zentralasien und im südlichen Kaukasus den satellitengestützten Zugang zum Internet ermöglicht.



### Virtual Silk Highway

Das Projekt „Virtual Silk Highway“ wurde im Oktober 2001 gestartet (der Name bezieht sich auf die große Seidenstraße, die einst Europa mit

dem Fernen Osten verband und den Austausch sowohl von Waren als auch von Wissen und Gedankengut förderte). Es erleichtert Wissenschaftlern in acht Staaten des südlichen Kaukasus und Zentralasiens – Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – den Zugang zum Internet und wurde 2004 auf Afghanistan ausgeweitet.

Ein kostengünstiges, hochmodernes Satellitensystem verbindet die Wissenschaftler der beteiligten Staaten mit Hilfe eines gemeinsamen Satellitenstrahls mit dem Internet. Mit den NATO-Mitteln wurden die Satellitenbandbreite sowie die Anschaffung und Installation von zehn Satellitenschüsseln finanziert. Andere Projektträger leisten Sachbeiträge. Mit einer über vier Jahre laufenden Investitionssumme von 3,5 Mio. US-Dollar ist dies das größte Projekt, das je vom NATO-Wissenschaftsprogramm für zivile Forschung finanziert wurde.

# Eine echte euro-atlantische Sicherheitskultur

Das Partnerschaftskonzept des Bündnisses hat sich bei der Wandlung des strategischen Umfelds im euro-atlantischen Raum als äußerst hilfreich erwiesen. Durch die Förderung des politischen Dialogs und der militärischen Zusammenarbeit treibt die Partnerschaft die Schaffung einer echten euro-atlantischen Sicherheitskultur voran – ein Zeichen der starken Entschlossenheit, bei der Bewältigung kritischer sicherheitspolitischer Herausforderungen innerhalb und außerhalb der euro-atlantischen Staatengemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Dank der praktischen Kooperation, deren Schwerpunkt die Vorbereitung der Streitkräfte von Bündnisstaaten und Partnern auf ihre Zusammenarbeit ist, dienen die Soldaten der NATO und der Partnerländer auf dem Balkan und in Afghanistan Schulter an Schulter. Darüber hinaus bietet die Partnerschaft den Bündnisstaaten und Partnern ein Netzwerk für die Bekämpfung der terroristischen Bedrohung und die Behandlung wichtiger Probleme wie beispielsweise der Proliferation.

Zudem trägt die Partnerschaft durch die Förderung und Unterstützung von Verteidigungsreformen in vielen Partnerländern zum demokratischen Wandel bei. Sie hilft beim Aufbau modernerer, effektiverer und demokratisch verantwortlicher Streitkräfte und anderer Verteidigungsinstitutionen. Außerdem unterstützt sie die Länder bei der Bewältigung der gesellschaftlichen und materiellen Auswirkungen dieser Reformen.

Darüber hinaus profitieren die Bürger der NATO-Mitglieder und Partnerländer gleichermaßen direkt von der praktischen Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen wie dem Katastrophenschutz und der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Umweltschutz.

Die Partnerschaft hat bereits zehn Ländern geholfen, sich auf die mit der NATO-Mitgliedschaft verbundene Verantwortung vorzubereiten, und die NATO ist weiterhin für den Beitritt neuer Mitglieder offen. Die Partnerschaft bietet aber auch westeuropäischen

neutralen Staaten, die nicht an einer Mitgliedschaft interessiert sind, ein einzigartiges Netzwerk, über das sie zur europäischen Sicherheit beitragen können, ohne ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu gefährden.

Die Herausforderungen für die euro-atlantische Sicherheit befinden sich im Wandel. Neue Bedrohungen wie Terrorismus und Staatszerfall haben interne und externe Ursachen und sind transnationaler Natur. Während die Stabilität in strategisch wichtigen Regionen auf dem Balkan nach wie vor gefährdet ist, zeigen die Ereignisse in Afghanistan, dass unserer gemeinsamen Sicherheit Gefahren aus den peripheren Regionen des euro-atlantischen Raums drohen. In diesem Umfeld hängt die internationale Stabilität und Sicherheit zunehmend von innenpolitischen Reformen einerseits und einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit andererseits ab. Eine effektive sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist ohne grundlegende demokratische Prinzipien und Institutionen nicht möglich. Die Euro-Atlantische Partnerschaft spielt in beiden Bereichen eine zentrale Rolle.

Je stärker die Bündnisstaaten und ihre Partner zusammenwachsen, desto größer wird ihre Fähigkeit, gemeinsame Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und die Sicherheit für zukünftige Generationen auf der Grundlage von Verständnis und Zusammenarbeit zu stärken.



„Nach zehn Jahren Partnerschaft können wir auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zurückblicken. Die Euro-Atlantische Partnerschaft hat den Wandel vieler Staaten und die internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit vorangetrieben wie nie zuvor. Dies war stets eines der wesentlichen Bestreben der NATO. Auch die Partnerschaft hat sich immer mehr dem Kern der NATO-Anliegen angenähert. Sie dient den Bündnisstaaten. Sie dient den Partnern. Sie dient der Demokratie und dem Frieden.“

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer anlässlich des 10. Jahrestags der Partnerschaft für den Frieden vor dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat am 14. Januar 2004



NATO Public Diplomacy Division / Division Diplomatie publique de l'OTAN  
1110 Brussels, Belgium / 1110 Bruxelles, Belgique

Web site : [www.nato.int](http://www.nato.int)

Site web : [www.otan.nato.int](http://www.otan.nato.int)

E-mail / Courriel : [natodoc@hq.nato.int](mailto:natodoc@hq.nato.int)

© NATO / OTAN 2005

Die vorliegende Broschüre wird in allen Sprachen der NATO  
und ihrer Partnerländer veröffentlicht. Broschüren können  
über die Website [www.nato.int/docu/pub-form.htm](http://www.nato.int/docu/pub-form.htm)  
bezogen werden oder wenden Sie sich an:

NATO Public Diplomacy Division – Distribution Unit  
Division Diplomatie publique de l'OTAN – Unité de diffusion  
1110 Brussels, Belgium / 1110 Bruxelles, Belgique

Tel : +32 2 707 5009

Fax : +32 2 707 1252

E-mail / Courriel : [distribution@hq.nato.int](mailto:distribution@hq.nato.int)